

Hypo Real Estate Holding AG

Geschäftsbericht 2013

Inhaltsverzeichnis

LAGEBERICHT DER HYPO REAL ESTATE HOLDING AG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013.....	3
Grundlagen der Gesellschaft	3
Wirtschaftsbericht	10
Nachtragsbericht	17
Risiko- und Chancenbericht.....	18
Prognosebericht	21
JAHRESABSCHLUSS DER HYPO REAL ESTATE HOLDING AG FÜR DAS GESCHÄFTS- JAHR 2013.....	28
Bilanz zum 31. Dezember 2013	29
Gewinn- und Verlust-Rechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013	31
Anhang für das Geschäftsjahr 2013.....	32
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.....	47

Lagebericht der Hypo Real Estate Holding AG für das Geschäftsjahr 2013

Grundlagen der Gesellschaft

Die Hypo Real Estate Holding AG (HRE Holding) ist die übergeordnete Gesellschaft des Hypo Real Estate Konzerns (HRE). Der Konzern besteht aus der HRE Holding sowie den operativen Banktochterunternehmen Deutsche Pfandbriefbank AG (pbb) und DEPFA Bank plc (DEPFA). Die HRE Holding befindet sich zu 100% Prozent im Eigentum des Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS, der durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) verwaltet wird. Die FMSA ist eine Einrichtung der Bundesrepublik Deutschland.

Geschäftsmodell und -strategie

Die HRE Holding hat als Geschäftsgegenstand die Leitung einer internationalen Unternehmensgruppe, die primär aus den beiden Teilkonzernen Deutsche Pfandbriefbank (pbb Konzern) und DEPFA (DEPFA Group) besteht.

Teilkonzern Deutsche Pfandbriefbank

Die strategischen Geschäftsaktivitäten der HRE sind im pbb Konzern gebündelt, an dessen Spitze die Deutsche Pfandbriefbank AG (pbb) steht. Der pbb Konzern ist auf die gewerbliche Immobilienfinanzierung und die öffentliche Investitionsfinanzierung spezialisiert. In beiden strategischen Geschäftsfeldern ist der pbb Konzern in ausgewählten europäischen Ländern aktiv. Der Geschäftsschwerpunkt liegt in Deutschland sowie in Großbritannien, Frankreich, den nordischen Ländern sowie in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern. Das Kerngeschäft ist das mittel- bis langfristige Kreditgeschäft: Hier nimmt der pbb Konzern eine wichtige Aufgabe bei der Kreditversorgung der Immobilienwirtschaft wahr und unterstützt die öffentliche Hand mit Finanzierungen für Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur. Der pbb Konzern zielt auf primäres Kundengeschäft. Neben klassischen auf den Kunden zugeschnittenen Finanzierungslösungen bietet der Konzern seinen Kunden Derivateprodukte zur Absicherung von Risiken im Zusammenhang mit einem Kreditgeschäft an. Neben den beiden strategischen Geschäftsfeldern verfügt der pbb Konzern über nicht-strategische Portfolios. Hierbei handelt es sich nahezu vollständig um ein Bestandsportfolio an nicht konkret zweckgebundenen Finanzierungen an die öffentliche Hand (Budgetfinanzierungen). Dieses Portfolio generiert als Aktivposten der Bilanz Zinserträge und läuft entsprechend der zugrundeliegenden festen Fristen ab. Aktives Neugeschäft tätigt der Konzern in diesem Bereich gemäß einer Auflage der Europäischen Kommission aus dem Beihilfeverfahren aus dem Jahr 2011 nicht. Wenige Geschäftsabschlüsse werden zur Verwaltung der Deckungsstöcke oder der Liquiditätssicherung zulässigerweise vorgenommen. Unter den nicht-strategischen Portfolios finden sich zudem noch wenige strukturierte Produkte. Ein Handelsbuch für Wertpapierportfolios mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht wird nicht geführt.

Im Jahr 2012 hat der Vorstand ein Projekt gestartet, das den pbb Konzern hinsichtlich Struktur und Größe dem Zielbild einer spezialisierten Pfandbriefbank mit europäischer Ausrichtung anpasst. Mit der Umsetzung dieses Zielbilds im Jahr 2013 hat der Vorstand weitere Voraussetzungen für die Privatisierung geschaffen und den Konzern für die Zukunft über das Jahr 2015 hinaus gut aufgestellt.

Teilkonzern DEPFA Group

Der Teilkonzern DEPFA Group, mit der DEPFA Bank plc (DEPFA) an der Spitze, tätig gemäß einer Auflage der Europäischen Kommission kein Neugeschäft. Die Geschäftsaktivitäten beschränken sich im Wesentlichen auf die Verwaltung der bestehenden Aktiva und Passiva, deren Bestand sich vor allem durch Fälligkeiten reduziert. Die DEPFA Group verfügt über eine funktionsfähige Bankplattform mit der DEPFA Bank plc sowie zwei Banken für die Emission von Covered Bonds: die irische DEPFA ACS Bank plc und die luxemburgische Hypo Pfandbrief Bank International S.A.

Im August 2013 hat die HRE Holding den Verkaufsprozess für 100% des Aktienkapitals ihrer Tochtergesellschaft DEPFA gestartet.

Wettbewerbsposition

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung zählt die HRE Holding mit ihrer Tochtergesellschaft pbb in ihren Zielmärkten und Segmenten zu den führenden Instituten. Die pbb ist eine der wenigen verbliebenen Adressen, die ihren Kunden praktisch europaweit Finanzierungsexpertise in der gewerblichen und öffentlichen Investitionsfinanzierung zur Verfügung stellen kann. An den wichtigsten Standorten ist die Bank mit Ansprechpartnern lokal vertreten. Die Tochtergesellschaft DEPFA betreibt im Gegensatz zur pbb kein strategisches Neugeschäft.

Ziele

Laut Beschluss der EU-Kommission im Beihilfe-Verfahren vom Juli 2011 soll die Bundesrepublik Deutschland als oberste Eigentümerin der HRE Holding die DEPFA Group bis spätestens Ende 2014 und muss den pbb Konzern bis spätestens Ende 2015 privatisieren. Vor diesem Hintergrund ist es das strategische Kernziel der HRE Holding, die Privatisierungsfähigkeit der beiden Einheiten zu erreichen.

Steuerungssystem

Die HRE Holding wird nicht auf der Ebene der Einzelgesellschaft gesteuert, sondern auf Konzernebene. Neben der HRE Holding sind demzufolge auch die Tochterunternehmen in der Steuerung enthalten. Die Messung der Profitabilität basiert daher nicht auf den im Einzelabschluss und -lagebericht der HRE Holding relevanten HGB-Werten sondern auf den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die Analyse wird auf Ebene der HRE Group vorgenommen.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht folgt den Empfehlungen des Public-Corporate-Governance-Kodex und beinhaltet die Angaben nach den Maßgaben des deutschen Handelsrechts beziehungsweise der International Financial Reporting Standards (IFRS). Er gibt einen detaillierten Überblick über die einzelnen Bestandteile der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat sowie zu den Grundsätzen der Mitarbeitervergütung. Der Aufsichtsrat befasst sich regelmäßig mit der Thematik der Vorstandsvergütung und den Grundzügen der Mitarbeitervergütung. Da den Vorständen derzeit keine variable Vergütung und somit lediglich eine feste Vergütung in Höhe von nicht mehr als 500.000 € gezahlt wird, behandelt der Aufsichtsrat dieses Thema nur anlassbezogen.

Im Folgenden sind jeweils die Bezüge veröffentlicht, die die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder im Konzern für das Geschäftsjahr 2013 erhalten haben. Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsmandate, die einzelne Vorstandsmitglieder innerhalb des Konzerns wahrnehmen, werden nicht gesondert vergütet. Der Vorstand der HRE Holding ist zugleich auch Vorstand der pbb, von der er aber keine separaten Bezüge für seine Tätigkeit erhält.

Vorstand

Grundsatz Die Festlegung der Vergütung für die Vorstandsmitglieder der HRE Holding soll grundsätzlich eine leistungsorientierte Bezahlung sicherstellen und richtet sich nach der internationalen Tätigkeit und Größe des Unternehmens. Dabei soll neben einem Vergleich der Vorstandsvergütung bei entsprechenden Unternehmen im In- und Ausland auch die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Konzerns Berücksichtigung finden. Unter Berücksichtigung dieser Kriterien soll der Aufsichtsrat die Struktur und Höhe der Vergütung des Vorstands beraten. Aufgrund der Gewährung von Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) sehen die Verträge der Vorstandsmitglieder für die Dauer der Stabilisierungsmaßnahmen oder einen anderen vom Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS vorgegebenen Zeitraum eine Begrenzung der jährlichen monetären Vergütung pro Vorstandsmitglied auf maximal 500.000 € p. a. vor. Eine variable Vergütung wird für den vorstehend definierten Zeitraum nicht gezahlt. Insofern wird für diesen Zeitraum vom Grundsatz der leistungsorientierten Bezahlung abgewichen. Nach Abschluss der Sanierung der Gesellschaft, spätestens bei Beendigung des Dienstvertrages, stellt die Gesellschaft mit Ausnahme von Wolfgang Groth grundsätzlich die Zahlung einer einmaligen Sonderzahlung in Aussicht, ohne dass hierauf ein vertraglicher Anspruch besteht. Die Dienstverträge der Vorstandsmitglieder tragen insofern den Vorgaben des Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS Rechnung.

Vergütungsbestandteile Aus den mit den Vorstandsmitgliedern abgeschlossenen Dienstverträgen ergeben sich folgende Vergütungselemente:

- Erfolgsunabhängige Vergütung (monetäre Vergütung) zuzüglich Sachbezüge
- Erfolgsbezogene variable Vergütung
- Pensionszusage

Erfolgsunabhängige Vergütung Die Festvergütung wird anhand eines externen Marktvergleichs in regelmäßigen Abständen überprüft und gegebenenfalls angepasst. Eine automatische Anpassung erfolgt nicht. Derzeit erfolgt aufgrund der geltenden Begrenzung der jährlichen monetären Vergütung auf maximal 500.000 € keine regelmäßige Prüfung. Darüber hinaus gewährt die Gesellschaft den Vorstandsmitgliedern Nebenleistungen (Sachbezüge) im üblichen Rahmen. Diese Leistungen beinhalten unter anderem die Stellung eines Dienstwagens inklusive der Übernahme aller in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten. Zusätzlich besteht für die Vorstandsmitglieder eine Gruppenunfallversicherung. Auf den geldwerten Vorteil entfallene Steuern für diese Leistungen tragen die Vorstandsmitglieder.

Variable Vergütung Aufgrund der Regelungen des FMStFG sowie des Rahmenvertrags zur Gewährung von Stabilisierungsmaßnahmen zwischen dem Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS vertreten durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung und der HRE Holding, beziehungsweise der pbb erhält der Vorstand während des Zeitraums, in dem Stabilisierungsmaßnahmen gewährt werden keine diskretionäre variable Vergütung.

Konzernbezüge an Vorstandsmitglieder der HRE Holding in Tsd. €

	2013			2012		
	Monetäre Vergütung	Sachbezüge ¹⁾	Insgesamt	Monetäre Vergütung	Sachbezüge ¹⁾	Insgesamt
Manuela Better ²⁾	500	17	517	500	15	515
Wolfgang Groth	500	18	518	500	42	542
Dr. Bernhard Scholz ²⁾	500	16	516	500	24	524
Alexander von Uslar ²⁾	500	23	523	500	23	523
Insgesamt	2.000	74	2.074	2.000	104	2.104

¹⁾ Darin enthalten: Sachaufwand für Nebenleistungen im üblichen Rahmen, die der Besteuerung unterliegen

²⁾ Darüber hinaus bestehen einzelvertragliche Zusagen auf Altersversorgung in Höhe eines Prozentsatzes der jährlichen Fixbezüge

Pensionszusagen Die Mitglieder des Vorstands haben bis auf Wolfgang Groth einzelvertragliche Ruhegehaltszusagen auf Altersruhegeld ab dem 60. Lebensjahr beziehungsweise ab dem 62. Lebensjahr und für den Fall des Eintritts von Berufs- und Erwerbsunfähigkeit.

Bezüglich der Höhe des Ruhegehalts der Mitglieder des Vorstands gilt Folgendes: Die Vorstandsmitglieder erhalten ein Ruhegehalt in Höhe von 30 % der Festbezüge (Sockelbetrag). Für jedes vollendete Dienstjahr als Vorstandsmitglied erhöht sich das Ruhegeld um 1 %, maximal jedoch auf 50 %.

Hinsichtlich der Anpassungsprüfung der Pensionsbezüge nach Eintritt in den Ruhestand gilt § 16 des Betriebsrentengesetzes.

Im Falle des Todes eines Vorstandsmitgliedes erhält dessen hinterbliebener Ehepartner 60 % der Ruhegehaltsansprüche des Ehegatten. Darüber hinaus besteht eine Halbwaisenbeziehungsweise Vollwaisenversorgung bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres der Kinder. Sofern ein Kind sich nach Vollendung des 18. Lebensjahres noch in Berufsausbildung befindet, wird das Waisengeld bis zum Abschluss der Berufsausbildung, längstens jedoch bis zum vollendeten 25. Lebensjahr gezahlt. Solange der hinterbliebene Ehegatte Hinterbliebenenbezüge erhält, dürfen die Gesamtbezüge der Halbwaisen 30 % der Ruhegehaltsbezüge des verstorbenen Elternteils nicht übersteigen. Vollwaisen erhalten zusammen bis zu 60 % des Ruhegehalts des verstorbenen Elternteils.

Hinterbliebene Ehegatten und Kinder aus einer Ehe, die das Vorstandsmitglied nach dem Übertritt in den Ruhestand schließt, haben keinen Anspruch auf Hinterbliebenenbezug und Waisengelder.

Pensionszusagen der Vorstandsmitglieder der HRE Holding in Tsd. €

	2013		2012
	Pensionsrückstellungen per 31.12.	Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	
Manuela Better (Vorsitzende)	3.160	245	2.915
Dr. Bernhard Scholz	2.975	230	2.745
Alexander von Uslar	2.494	222	2.272
Insgesamt	8.629	697	7.932

Sonstige Regelungen Für den Fall der vorzeitigen Beendigung des Dienstverhältnisses durch die Gesellschaft ohne wichtigen Grund enthalten die Dienstverträge der Mitglieder des Vorstandes mit Ausnahme von Wolfgang Groth eine Klausel, nach der sie neben der Abgeltung der Restlaufzeit eine Abfindung in Höhe eines Jahresgehalts erhalten. Im seit 1. Februar 2012 geltenden neu mit Manuela Better abgeschlossenen Dienstvertrag wurde die Regelung an die SoFFin-Vergütungsgrundsätze angeglichen. Manuela Better erhält nunmehr ein Übergangsgeld von einer halben Jahresgrundvergütung pro fünf vollendete Dienstjahre als Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft. Zahlungen bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund überschreiten einschließlich Nebenleistungen nicht den Wert von zwei Jahresvergütungen (Zahlungsobergrenze) und vergüten nicht mehr als die Restlaufzeit des Dienstverhältnisses.

Der Dienstvertrag von Manuela Better enthält eine Change-of-Control-Klausel für den Fall, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Aktien der Gesellschaft hält oder wenn eine wesentliche Reorganisation der Corporate Governance des HRE Konzernverbundes, die über die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses bekannte beziehungsweise absehbare Planung hinausgeht, durchgeführt wird. Wenn ein Change-of-Control-Fall eintritt, ist Manuela Better berechtigt, mit einer Frist von drei Monaten zum Monatsende ihr Vorstandsamt aus wichtigem Grund niederzulegen und den Dienstvertrag aus wichtigem Grund zu kündigen. Amtsniederlegung und Kündigung können nur binnen einer Ausschlussfrist von sechs Monaten ab Kenntnis von Frau Better vom Change-of-Control-Fall sowie nur gemeinsam und nur mit Wirkung zu demselben Zeitpunkt erklärt werden. Der Aufsichtsrat wird Frau Better schriftlich über den Eintritt des Change-of-Control-Falls informieren. Mit Zugang dieses Schreibens bei Frau Better beginnt der Lauf der Ausschlussfrist. Manuela Better erhält im Fall einer vorzeitigen Beendigung des Dienstvertrages nach dieser Bestimmung keine Abfindung, insbesondere keinen Ausgleich für die ab der vorzeitigen Beendigung des Dienstvertrages entfallende Vergütung einschließlich sonstiger finanzieller Vorteile.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat erhält eine Vergütung, deren Höhe in § 11 der Satzung festgelegt ist. Danach erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats eine jährliche Grundvergütung auf der Basis von 30.000 € p.a., der Vorsitzende das Zweieinhalbfache der Grundvergütung, seine Stellvertreterin das Eineinhalbfache. Die Ausschusstätigkeit wird im Präsidialausschuss, im Prüfungsausschuss sowie im Risikomanagement- und Liquiditätsausschuss jeweils mit 10.000 € p.a. vergütet. Der Vorsitzende eines Ausschusses erhält jeweils das Doppelte dieser Vergütung. Der Vergütungsanspruch besteht jeweils anteilig für den Zeitraum der Tätigkeit. Darüber hinaus erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrates Sitzungsgelder in Höhe von 500 € für jede Sitzung des Aufsichtsrates oder eines Ausschusses des Aufsichtsrates, an der die Mitglieder teilnehmen. Dies gilt nicht für Telefon- oder Videokonferenzen. Neben den zuvor aufgeführten und satzungsgemäß festgelegten Vergütungen hat die Gesellschaft den Mitgliedern des Aufsichtsrates keine weiteren Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen gewährt. Den nachfolgenden Tabellen ist der individualisierte Ausweis der Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder zu entnehmen.

I. Aufsichtsratsvergütung Holding 2013

	Aufsichtsrat			Präsidialausschuss		Prüfungsausschuss		Risiko management-ausschuss		Zwischen-summe	Umsatz-steuer 19%	Gesamt
	Vorsitzender	stv. Vorsitzend	Mitglied	Vorsitzender	Mitglied	Vorsitzender	Mitglied	Vorsitzender	Mitglied			
Vergütung p.a.	75.000,00	45.000,00	30.000,00	20.000,00	10.000,00	20.000,00	10.000,00	20.000,00	10.000,00			
Dr. Thiemann	75.000,00			20.000,00			10.000,00		10.000,00	16.000,00	21850,00	136.850,00
Frau Kollmann 1)		45.000,00			10.000,00	20.000,00			10.000,00	85.000,00	0,00	85.000,00
Dr. Bräunig			30.000,00		10.000,00		10.000,00	20.000,00		70.000,00	13.300,00	83.300,00
Dr. Groß 2)			30.000,00							30.000,00	0,00	30.000,00
Dr. Schuknecht 2)			30.000,00							30.000,00	0,00	30.000,00
Dr. von Wedel			30.000,00				10.000,00			40.000,00	7.600,00	47.600,00
Summe	75.000,00	45.000,00	120.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000,00	30.000,00	20.000,00	20.000,00	370.000,00	42.750,00	412.750,00

II. Sitzungsgelder 2013 für die Mitglieder des Aufsichtsrats

	Sitzung des Aufsichtsrats	Sitzungsteil-nahmen	Sitzung des Präsidialaus-schusses	Sitzungsteil-nahmen	Sitzung des Nominierungs-ausschusses	Sitzungsteil-nahmen	Sitzung des Prüfungsaus-schusses	Sitzungsteil-nahmen	Sitzung des Risiko mana-gementaus-schusses	Sitzungsteil-nahmen	Zwischen-summe	Umsatz-steuer 19%	Gesamt
Sitzungsgeld pro Sitzung	500,00		500,00		500,00		500,00		500,00				
Anzahl der Sitzungen	8		6		0		7		6				
Dr. Thiemann	4.000,00	8	3.000,00	6	0,00	0	3.500,00	7	3.000,00	6	13.500,00	2.565,00	16.065,00
Frau Kollmann 1)	4.000,00	8	3.000,00	6	0,00	0	3.500,00	7	3.000,00	6	13.500,00	0,00	13.500,00
Dr. Bräunig	4.000,00	8	3.000,00	6	0,00	0	3.500,00	7	3.000,00	6	13.500,00	2.565,00	16.065,00
Dr. Groß 2)	3.500,00	7									3.500,00	0,00	3.500,00
Dr. Schuknecht 2)	4.000,00	8									4.000,00	0,00	4.000,00
Dr. von Wedel	4.000,00	8					3.500,00	7			7.500,00	1.425,00	8.925,00
Summe	23.500,00		9.000,00		0,00		14.000,00		9.000,00		55.500,00	6.555,00	62.055,00

III. Gesamtvergütung 2013 (Holding)

	Vergütung	Sitzungs-gelder	Zwischen-summe	Umsatz-steuer 19%	Gesamt
Dr. Thiemann	165.000,00	13.500,00	128.500,00	24.415,00	152.915,00
Frau Kollmann 1)	85.000,00	13.500,00	98.500,00	0,00	98.500,00
Dr. Bräunig	70.000,00	13.500,00	83.500,00	15.865,00	99.365,00
Dr. Groß 2)	30.000,00	3.500,00	33.500,00	0,00	33.500,00
Dr. Schuknecht 2)	30.000,00	4.000,00	34.000,00	0,00	34.000,00
Dr. von Wedel	40.000,00	7.500,00	47.500,00	9.025,00	56.525,00
Summe	370.000,00	55.500,00	425.500,00	49.305,00	474.805,00

¹⁾ Aufgrund Wohnsitz im Ausland keine Umsatzsteuer, stattdessen führt die Gesellschaft die Aufsichtsratssteuer ab

²⁾ Die Vertreter der Ministerien nehmen die Aufsichtsratsstätigkeit auf Veranlassung ihres Dienstherrn wahr, daher unterliegen die Einnahmen aus dieser Tätigkeit nicht der Umsatzsteuer

Vergütungsausschuss

Der Vergütungsausschuss setzte sich im Jahr 2013 aus Vertretern der Vertriebseinheiten sowie der Bereiche Human Resources, Treasury, Portfolio Administration, Risk Management & Control, Board Office / Compliance, Finance sowie einem Vertreter des Internal Audit (Mitglied ohne Stimmrecht) zusammen. Der CFO/COO, der auch den Bereich Human Resources verantwortet, nimmt den Vorsitz des Vergütungsausschusses wahr.

Der Vergütungsausschuss des HRE hielt im Jahr 2013 insgesamt fünf ordentliche Sitzungen ab. Er befasste sich dabei schwerpunktmäßig mit der Beratung hinsichtlich der Prinzipien im Rahmen der Gehaltsrunde 2013 unter Berücksichtigung der gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen, der Durchführung der Risikoanalyse und Erarbeitung eines Vorschlags für die Identifizierung der Funktionen mit wesentlichem Einfluss auf das Risikoprofil der Bank (sogenannte Risk Taker) gem. § 5 Institutsvergütungsverordnung und der Erstellung des

Vergütungsberichtes für das Geschäftsjahr 2012. Im Jahr 2013 wurden die Risikoanalyse und der Prozess der Identifizierung der sog. Risk-Taker-Funktionen ausgeweitet. Hierbei wurden in weiten Teilen bereits die Kriterien zugrunde gelegt, die die Europäische Bankenaufsicht (EBA) im Zusammenhang mit der Durchführung des Konsultationsverfahrens zu den Regulatory Technical Standards (EBA/CP/2013/11) veröffentlicht hat. In Summe sind neben dem Vorstand 161 Mitarbeiter als Inhaber risikobegründender Funktionen identifiziert worden. Der Vorstand der HRE Holding hat dem Vorschlag des Vergütungsausschusses zugestimmt und den entsprechenden Beschluss hierzu gefasst.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2013 ist die Weltkonjunktur um 2,2% gewachsen (2012: 2,4%). Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der Eurozone ging im Jahr 2013 nur noch um 0,4% zurück (2012: -0,7%). Die US-Wirtschaft konnte im zweiten Halbjahr 2013 aufholen, die in den ersten sechs Monaten verlorene Wirtschaftskraft jedoch nicht vollständig kompensieren. Das BIP erhöhte sich entsprechend um 1,9% (Vorjahr: 2,8%).

Deutschland zeigte zwar ein leichtes Wachstum, mit einem Plus von 0,4% lag es jedoch unter dem Wachstum im Jahr 2012 (0,7%). In Frankreich lag das reale BIP mit einer Entwicklung von 0,3% auf Vorjahresniveau, Großbritannien verzeichnete ein Wirtschaftswachstum von 1,4% (2012: 0,2%). Der Rückgang der Wirtschaftsleistung in Italien (-1,8%), Spanien (-1,3%) und Portugal (-1,4%) hat sich gegenüber dem Vorjahr verringert. Die nordischen Länder boten 2013 ein Spektrum zwischen Beinahe-Stagnation und einem Plus von 2% gegenüber dem Vorjahr. In Osteuropa zeigte sich ein uneinheitliches Bild, hier wies vor allem Polen gute Wachstumsraten auf.

Das Zinsniveau wurde zur ökonomischen Unterstützung in allen für den HRE Konzern wichtigen Märkten weiterhin sehr niedrig gehalten. Zum Jahresende 2013 belief sich der Leitzins der Europäischen Zentralbank auf einem historischen Tiefstand von 0,25% (2012: 0,75%). Ursächlich hierfür war vor allem die extrem niedrige Inflation im Euro-Raum.

Die Schuldenstände sind in der Euro-Zone im Jahr 2013 weiter gestiegen. Die Nettoneuverschuldung ist jedoch weiterhin rückläufig, was im Wesentlichen auf die Konsolidierungsanstrengungen zurückzuführen ist, mit denen viele europäische Länder ihre öffentlichen Finanzen wieder nachhaltig stabilisieren wollen.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2012 ist der Euro am Jahresende gegenüber den für den HRE Konzern wesentlichen Fremdwährungen stärker geworden. Besonders deutlich fiel der Anstieg gegenüber dem japanischen Yen aus. Im geringeren Maße hat der Wert des Euros gegenüber dem US Dollar, dem britischen Pfund und der schwedischen Krone zugenommen.

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, EZB

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtsituation der Bankbranche

Die Anspannungen an den internationalen Finanzmärkten ließen im Jahr 2013 nach. Die systemischen Störungen, die aus der europäischen Staatsschuldenkrise resultierten, konnten durch vielfältige Maßnahmen der Politik und der Notenbanken eingedämmt werden. Die Krise ist jedoch nach wie vor nicht überwunden.

Die Ertragssituation der Banken wurde deutlich durch das sehr niedrige Zinsniveau belastet. Zudem mussten Kreditinstitute angesichts neuer regulatorischer Anforderungen abwägen, welche Geschäftsaktivitäten unter den Gesichtspunkten von Rentabilität, Kosten, Eigenkapital und Liquidität zukünftig noch attraktiv sind. Hier stand vor allem die Implementierung des als Basel III bezeichneten Reformpakets im Vordergrund. Die Umsetzung in der Europäischen Union wird über eine Neufassung der Capital Requirements Directive (CRD) erfolgen und soll ab 2014 schrittweise in Kraft treten. Auch die geplante Übertragung der Aufsicht über die

systemrelevanten Banken der Eurozone auf die Europäische Zentralbank bedeutete für die betroffenen Banken erheblichen Aufwand. Neue Rechnungslegungsstandards und Berichterstattungspflichten erhöhten die Komplexität des Geschäfts zusätzlich.

Die Wahrnehmung der Bankbranche in der breiten Öffentlichkeit war insbesondere wegen der juristischen Aufarbeitungen verschiedenster Sachverhalte unverändert sehr kritisch.

Gewerbliche Immobilienfinanzierung

Der Trend, in Immobilien zu investieren, hielt im Jahr 2013 unvermindert an. Begünstigt wurde diese Entwicklung insbesondere durch das anhaltende niedrige Zinsniveau. Das Investitionsvolumen lag in allen wichtigen Immobilienmärkten deutlich über dem Vorjahr und erreichte den höchsten Wert seit 2007. Bei gut vermieteten Objekten in zentralen Lagen mittel- und nordeuropäischer Länder war die Nachfrage deutlich größer als das Angebot, was zu einem signifikanten Anstieg der Preise geführt hat. Um dieser Entwicklung auszuweichen, wurde auch wieder stärker in Objekte unterhalb des Premiumsegments investiert.

In Deutschland entfiel der Großteil der Transaktionen auf die großen Ballungsräume. In Großbritannien wurde das Angebot vor allem in zentralen Lagen und bei guten Objekten knapp. In Frankreich ist die zukünftige konjunkturelle Entwicklung ein entscheidender Einflussfaktor. Derzeit steigende Leerstände in zweitklassigen Büroimmobilien sind ein Zeichen für eine Unsicherheit im Markt. Auch in Zentral- und Osteuropa war im Berichtsjahr die Nachfrage nach gewerblichen Immobilien grundsätzlich positiv. Insbesondere in Polen konnte das Transaktionsvolumen deutlich gesteigert werden. Allerdings fokussiert sich die Nachfrage immer noch stark auf das Core-Immobiliensegment. Die künftige Entwicklung wird stark davon abhängen, wie rasch und dauerhaft sich der Risikoappetit der Immobilieninvestoren verbessern wird.

Das gestiegene Transaktionsvolumen wirkte sich positiv auf das Neugeschäft der Immobilienfinanzierer aus, das deutlich über dem Vorjahresniveau lag. Für die deutschen Pfandbriefbanken gingen dabei wesentliche Impulse vom Büroimmobilienmarkt aus. Auch in den anderen Teilmärkten entwickelte sich das Finanzierungsgeschäft positiv.

Quellen: Research von CBRE, Verband deutscher Pfandbriefbanken

Finanzierung des öffentlichen Sektors

Die Volatilität der Finanzmärkte in der Eurozone hat sich durch die Ankündigung der Europäischen Zentralbank im September 2013, ein OMT-Programm („Outright Monetary Transactions“) umzusetzen, deutlich reduziert. Infolgedessen hat sich die Lage in allen Marktsegmenten der Kommunalfinanzierung weitgehend normalisiert. Ehemals von der Krise der Staatsfinanzen stark betroffene Länder wiesen erste positive Entwicklungen auf: Irland hat den Europäischen Rettungsschirm verlassen und ist an den Kapitalmarkt zurückgekehrt. Zudem sehen die Ratingagenturen die Entwicklung der spanischen Staatsfinanzen weniger kritisch.

Das Finanzierungsangebot, das in der Kommunalfinanzierung von privaten Banken und Förderbanken bereitgestellt wurde, reichte insbesondere in den von der Staatsschuldenkrise weniger betroffenen Ländern aus, um den Großteil aller relevanten kommunalen Investitionsvorhaben zu finanzieren. Die finanzierenden Banken und Investoren betrachteten die finanzielle Situation der Länder im Fokus und deren unterstaatlichen Ebenen jedoch nach wie vor kritisch. Die dadurch differenzierte Bonitätseinschätzung von Kommunen und Gebietskörperschaften blieb somit im Jahresverlauf bestehen.

In Deutschland bot der Markt ausreichend Finanzierungsnachfrage. Allerdings wurden weiterhin Finanzierungen mit sehr langen Laufzeiten angefragt und von lokalen Wettbewerbern (vor allem von öffentlich-rechtlichen Banken und Förderbanken) bei sehr niedrigen Margen gewährt. Der

Markt in der klassischen öffentlichen Investitionsfinanzierung war dadurch für die restlichen Anbieter sehr herausfordernd. Im französischen Markt war der Wettbewerb wieder intensiver, was sich in sinkenden Margen niederschlug. In den USA wird der größte Anteil der Finanzierung des öffentlichen Sektors durch Anleihen gedeckt. Durch die Charakteristik des US-Kapitalmarkts ist es der Regierung möglich, die Refinanzierung zu äußerst wettbewerbsfähigen Konditionen zu gewährleisten (inklusive unterstaatliche Ebenen).

In den nordeuropäischen Ländern war es möglich, Geschäfte mit hoher Kreditqualität und attraktivem Risiko-/Ertragsprofil abzuschließen. Maßgebliche Faktoren hierfür waren der Rückzug beziehungsweise die Aufgabe von Geschäftsaktivitäten anderer internationaler Wettbewerber und der Rückzug lokaler Banken.

Bei der Budgetfinanzierung entwickelten sich die Risikoaufschläge in den einzelnen Ländern unterschiedlich. In Deutschland und Frankreich stiegen sie auf dem Sekundärmarkt von ihren historischen Tiefstständen im Verlauf des Jahres 2013 leicht an. In den Ländern Italien, Spanien und Portugal haben sich die Risikoaufschläge reduziert und im Jahresverlauf immer weiter von ihren historischen Höchstständen entfernt.

Refinanzierungsmärkte

Die Kapitalmärkte waren im Jahr 2013 durch das Niedrigzinsumfeld, die expansive Geldpolitik und die Unsicherheit über das weitere Vorgehen der Zentralbanken geprägt.

Zu Beginn des Jahres 2013 setzte sich die positive Stimmung aus dem Vorjahr zunächst fort. Im Umfeld historisch niedriger Zinsen veränderte sich der Fokus vieler Investoren; zur Erzielung höherer Renditen gingen sie größere Risiken ein. Dies sorgte für eine erhöhte Nachfrage nach ungedeckten Anleihen und nach Papieren aus der europäischen Peripherie. Im Sommer führten wiederaufkommende Sorgen um die Bewältigung der Staatsschuldenkrise infolge des Bail-outs in Zypern zu einer erhöhten Volatilität an den Märkten. Der Pfandbrief blieb für Anleger weiter attraktiv und am Primärmarkt konnten Papiere erneut zu verbesserten Risikoaufschlägen platziert werden. Erstmals nach der Krise wurden wieder Anleihen mit einer 15-jährigen Laufzeit ausgeben.

Erste Spekulationen um ein Zurückfahren der expansiven Geldpolitik sorgten bis in das dritte Quartal 2013 für einen Anstieg der langfristigen Zinsen und Verunsicherung bei Investoren. Seitdem waren die Märkte durch die Unsicherheit über einen möglichen Ausstieg der Zentralbanken aus den Unterstützungsmaßnahmen geprägt. Die Debatte um das Haushaltsdefizit und die damit verbundene temporäre Schließung einzelner Verwaltungsbereiche in den USA ließ die amerikanische Zentralbank jedoch noch an ihrer expansiven Geldpolitik festhalten. In der Eurozone veranlassten eine uneinheitliche Entwicklung der Staaten sowie aufkommende Deflationstendenzen die EZB sogar dazu, die Liquiditätsversorgung mit einer Zinssenkung im November 2013 noch weiter auszubauen.

Diese Liquiditätssituation erleichterte die Refinanzierung der Kreditinstitute und führte zu einem deutlichen Rückgang der Risikoaufschläge bei Pfandbriefen und ungedeckten Anleihen. Auch kleinere Privatplatzierungen von Schuldscheindarlehen wurden von deutschen Investoren gut aufgenommen.

Geschäftsverlauf

Das Vorsteuerergebnis der HRE Holding in Höhe von 177.311 Tsd. € war im Geschäftsjahr 2013 durch wesentliche Einmaleffekte beeinflusst. Ohne diese Einmaleffekte hätte die HRE Holding ein ausgeglichenes Ergebnis, und damit die am Jahresanfang aufgestellte Prognose, erzielt.

Der Geschäftsverlauf der HRE Holding hängt weitestgehend von der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer beiden wesentlichen Beteiligungen pbb und DEPFA ab. Als Ergebnis der im Jahr 2013

aktualisierten Beteiligungsbewertung ergab sich ein Zuschreibungsbedarf auf Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von 215.400 Tsd. €. Aufgrund dieser Zuschreibung weist die HRE Holding für das Jahr 2013 ein positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 177.311 Tsd. € aus.

Bereinigt um die Zuschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen hätte sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -38.430 Tsd. € ergeben. Grund hierfür sind vor allem in 2013 gebildete Rückstellungen in Höhe von insgesamt 37.353 Tsd. € unter anderem für Rechts- und Prozesskosten, zurückgestellte Kosten in Zusammenhang mit dem geplanten Verkauf der DEPFA sowie erhöhte Drohverlustrückstellungen für belastende Verträge im Zusammenhang mit dem Mietobjekt Lehel Carré.

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge (12.031 Tsd. €), die Erträge im Zusammenhang mit dem Servicing der FMS Wertmanagement (1.719 Tsd. €) sowie der Personalaufwand (-3.287 Tsd. €) haben sich wie am Jahresanfang geplant entwickelt.

Ertragslage

Die Entwicklung der Ertragslage der HRE Holding ist im Geschäftsjahr 2013 durch die Zuschreibungen der Anteile an verbundenen Unternehmen geprägt.

Nach einem Jahresfehlbetrag von -184.316 Tsd. € im Vorjahr weist die HRE Holding im Geschäftsjahr 2013 einen Jahresüberschuss von 176.970 Tsd. € aus. Das positive Jahresergebnis ist allein auf die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 220.480 Tsd. € (2012: 14.503 Tsd. €) sowie die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge in Höhe von 12.031 Tsd. € (2012: 14.150 Tsd. €), vermindert um die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von -48.370 Tsd. € (2012: -18.976 Tsd. €), den Personalaufwand in Höhe von -3.287 Tsd. € (2012: -2.916 Tsd. €) und die Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von -3.448 Tsd. € (2012: -6.493 Tsd. €), zurückzuführen.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen des Geschäftsjahres in Höhe von 220.480 Tsd. € (2012: 14.503 Tsd. €) sind Erträge aus der Zuschreibung von Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von 215.400 Tsd. € (2012: 0 Tsd. €) enthalten. Auf Anteile an der pbb erfolgte eine Wertaufholung auf Wertberichtigungen vergangener Perioden in Höhe von 187.000 Tsd. €, auf die Anteile an der DEPFA eine Wertaufholung auf Wertberichtigungen vergangener Perioden in Höhe von 28.400 Tsd. €. Die in vergangenen Jahren auf die Buchwerte der pbb und DEPFA vorgenommenen Abschreibungen auf Finanzanlagen (2012: -188.000 Tsd. €) konnten damit im Geschäftsjahr 2013 teilweise wertaufgeholt werden. Die Bewertung der pbb und der DEPFA erfolgte auf Basis intern erstellter Unternehmensbewertungen und weiterführender Einschätzungen unter Berücksichtigung der künftigen Verwendungsstrategie der beiden Beteiligungsunternehmen. Aus der Auflösung von Rückstellungen resultierten Erträge in Höhe von 3.131 Tsd. € (2012: 11.507 Tsd. €). Die über das Tochterunternehmen pbb abgerechneten Erträge im Zusammenhang mit dem Servicing der FMS Wertmanagement beliefen sich auf 1.719 Tsd. €, nach 2.827 Tsd. € im Vorjahr.

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr -3.287 Tsd. € (2012: -2.916 Tsd. €). Der Personalaufwand enthält die Vorstandsgehälter sowie den verrechneten Pensionsaufwand,

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich auf -48.370 Tsd. € und sind damit deutlich negativer als der Vorjahreswert (-18.976 Tsd. €). Der Anstieg resultierte vor allem aus Rückstellungsbildungen unter anderem für Rechts- und Prozesskosten. Die Aufwendungen für Versicherungen, Beiträge und Abgaben erhöhten sich von -1.144 Tsd. € im Vorjahr auf -2.031 Tsd. € im aktuellen Jahr. Die Aufwendungen für IT Basisleistungen reduzierten sich von -1.884 Tsd. € auf -1.262 Tsd. € und beruhen auf dem Rahmenvertrag für IT Leistungen mit der pbb. Auch die Aufwendungen für entsendete Mitarbeiter reduzierten sich leicht von -4.899 Tsd. € im Vorjahr auf -4.669 Tsd. € im Jahr 2013.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge in Höhe von 12.031 Tsd. € bestehen im Wesentlichen aus Geldanlagen beim Tochterunternehmen pbb und sind im Vergleich zum Vorjahr (14.150 Tsd. €) aufgrund des geringeren Zinsniveaus weiter gesunken.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von -3.448 Tsd. € sind im Vergleich zum Vorjahr (-6.493 Tsd. €) zurückgegangen. Der Posten beinhaltet im Wesentlichen Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen. Die Zinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen werden saldiert mit den Zinserträgen des zu verrechnenden Vermögens aus dem Aktivwert der an die Versorgungsberechtigten verpfändeten Rückdeckungsversicherung.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt 177.311 Tsd. € (2012: -187.830 Tsd. €).

Der Aufwand für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von -865 Tsd. € (2012: Ertrag 399 Tsd. €) entstand aus einer Rückstellungsbildung im Zusammenhang mit einer Betriebsprüfung für frühere Jahre in Höhe von 872 Tsd. € sowie einem Ertrag resultierend aus über die Erwartungen hinausgehenden Steuererstattungen für Vorjahre in Höhe von 7 Tsd. €.

Aus den sonstigen Steuern ergibt sich ein positiver Betrag von 524 Tsd. € (2012: 3.116 Tsd. €). Dieser resultiert aus nachträglich in Abzug gebrachten Vorsteuern für das laufende Jahr.

Der Jahresüberschuss beläuft sich auf 176.970 Tsd. € (2012: -184.316 Tsd. €).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der HRE Holding beläuft sich zum 31. Dezember 2013 auf 2.931.621 Tsd. € und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 206.537 Tsd. € erhöht (2012: 2.725.084 Tsd. €). Hauptursache für die Erhöhung waren die Zuschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von 215.400 Tsd. €.

Dagegen wurden die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen im Jahr 2013 um 4.773 Tsd. € auf 222 Tsd. € (2012: 4.995 Tsd. €) abgebaut. Die sonstigen Vermögensgegenstände verringerten sich um 1.999 Tsd. € auf 9.935 Tsd. € (2012: 11.924 Tsd. €). Sie beinhalten im Wesentlichen Erstattungsansprüche gegenüber dem Finanzamt in Höhe von 6.650 Tsd. € (2012: 6.785 Tsd. €) und nicht verpfändete Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen für Pensionen sowie Guthaben bei der Allianz Lebensversicherungs-AG in Höhe von insgesamt 2.527 Tsd. € (2012: 4.749 Tsd. €). Abweichend zum Vorjahr werden diese nicht im aktiven Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung, sondern in den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Die Zeitwerte der verpfändeten Ansprüche aus Altersversorgungsverpflichtungen werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den entsprechenden Rückstellungen für Pensionen verrechnet und als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung separat ausgewiesen. Der aktive Unterschiedsbetrag aus Vermögen, das der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dient, ist vermindert um die Erhöhung der Pensionsrückstellungen, um 455 Tsd. € auf 3.262 Tsd. € (2012: 2.807 Tsd. €) gestiegen. Aufgrund der Umgliederung nicht verpfändeter Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen für Pensionen sowie der Guthaben bei der Allianz Lebensversicherungs-AG wurde der Vorjahreswert angepasst.

Die Bankguthaben reduzierten sich von 23.619 Tsd. € auf 19.295 Tsd. €. Die Aktiva bestehen zum 31. Dezember 2013 zu 71 % aus Finanzanlagen, zu 28 % aus Wertpapieren und zu 1 % aus sonstigen Posten.

Die Finanzanlagen der Gesellschaft betragen 2.076.418 Tsd. € (2012: 1.861.018 Tsd. €). Der Buchwert der Anteile an der pbb beläuft sich auf 2.048.000 Tsd. € (2012: 1.861.000 Tsd. €), der Buchwert der Anteile an der DEPFA auf 28.400 Tsd. € (2012: 0 Tsd. €). Auf die Beteiligung an der pbb erfolgte eine Wertaufholung auf Wertberichtigungen vergangener Perioden von

187.000 Tsd. €, auf die Beteiligung an der DEPFA eine Wertaufholung auf Wertberichtigungen vergangener Perioden von 28.400 Tsd. €.

Der Geschäftszweck der HRE Holding ist das Halten der beiden Beteiligungen an der pbb und der DEPFA. In der HRE Holding wurden im Geschäftsjahr 2013 keine wesentlichen Investitionen getätigt.

Finanzlage

Verbindlichkeiten

Die gesamten Verbindlichkeiten der HRE betragen zum 31. Dezember 2013 1.788 Tsd. €, nach 4.902 Tsd. € zum Vorjahresstichtag. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bauten sich aufgrund von Umsatzsteuerzahlungen für das Jahr 2012 ab.

Rückstellungen

Die Rückstellungen erhöhten sich von 59.199 Tsd. € auf 92.212 Tsd. €. In den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 91.340 Tsd. € (2012: 59.199 Tsd. €) sind unter anderem Rechts- und Prozesskostenrückstellungen, Rückstellungen in Zusammenhang mit dem Verkauf der DEPFA sowie im Zusammenhang mit der strategischen Neuausrichtung und Restrukturierung der HRE enthalten. Die Steuerrückstellungen in Höhe von 872 Tsd. € (2012: 0 Tsd. €) wurden im Zusammenhang mit einer Betriebsprüfung für frühere Jahre gebildet.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (40.807 Tsd. €; 2012: 37.841 Tsd. €) wurden im Geschäftsjahr gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherung verrechnet. Der entstandene Saldo wird auf der Aktivseite separat als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ausgewiesen.

Eigenkapital

Die HRE Holding ist überwiegend durch Eigenkapital refinanziert. Das gezeichnete Kapital in Höhe von 2.672.545.822,00 € hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Es ist eingeteilt in 1.217.628.600 auf den Inhaber lautende Stammaktien (Stückaktien) mit einem rechnerischen Anteil am gezeichneten Kapital von rund 2,19 € je Aktie. Die Kapitalrücklage der Gesellschaft beträgt 527.101 Tsd. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 385 Tsd. € reduziert. Die Gewinnrücklagen in Höhe von 3.127 Tsd. € haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Der Bilanzverlust beträgt zum Jahresende -365.310 Tsd. € (2012: -542.280 Tsd. €). Dieser beinhaltet den Jahresüberschuss (176.970 Tsd. €) sowie den Verlustvortrag (-542.280 Tsd. €).

Der Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS ist der alleinige Aktionär der HRE Holding. Zum 31. Dezember 2013 und 31. Dezember 2012 bestand weder bedingtes noch genehmigtes Kapital.

Derzeit sind keine Kapitalmaßnahmen der HRE Holding geplant. Laut Beschluss der Europäischen Kommission im Beihilfe-Verfahren soll allerdings die Bundesrepublik Deutschland als oberste Eigentümerin der HRE Holding die DEPFA Group bis spätestens Ende 2014 und muss den pbb Konzern bis spätestens Ende 2015 privatisieren.

Liquidität

Hauptziel des Finanzmanagements ist es, die Liquidität der HRE Holding so zu sichern und zu steuern, dass deren Finanzierungs- und Refinanzierungsfähigkeit zu jedem Zeitpunkt gewährleistet ist. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die HRE Holding ist weitgehend schuldenfrei und verfügt über Bankguthaben in Höhe von 19.295 Tsd. € sowie jederzeit verkäufliche Anlagen bei der pbb in Höhe von 822.207 Tsd. €.

Alle Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Außerbilanzielle Verpflichtungen

Die Höhe der Eventualverbindlichkeiten beträgt zum Bilanzstichtag 161.896 Tsd. € und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 177.409 Tsd. € verringert.

Zusammenfassung

Die HRE Holding schloss das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresüberschuss von 176.970 Tsd. € ab. Grund hierfür waren Zuschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen. Bereinigt um Zuschreibungen auf Finanzanlagen und in 2013 gebildeter Rückstellungen unter anderem für Rechts- und Prozesskosten, zurückgestellte Kosten in Zusammenhang mit dem geplanten Verkauf der DEPFA sowie erhöhter Drohverlustrückstellungen hätte die HRE Holding, wie am Jahresanfang erwartet, ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt.

Durch die Zuschreibung auf Anteile an verbundenen Unternehmen stieg die Summe der Vermögenswerte. Die Passiva stieg durch die Zuführung zu Rückstellungen. Die HRE Holding ist zu 97 % durch Eigenkapital refinanziert.

Nachtragsbericht

Am 31. Januar 2014 haben die HRE Holding AG und einige ihrer Tochterunternehmen eine Vereinbarung mit der FMS Wertmanagement abgeschlossen, in der der Übertrag von Positionen auf die FMS Wertmanagement im Zuge der Einrichtung der Abwicklungsanstalt im Jahr 2010 final abgerechnet wurde. Die pbb wird aufgrund dieser Vereinbarung eine Zahlung an die FMS Wertmanagement leisten, für die bereits in Vorperioden Rückstellungen gebildet wurden. Da die Vereinbarung aus Sicht der HRE vorteilhaft ist, wird die HRE Holding die pbb in Höhe ihres Nachteils ausgleichen. Dieser Zuschuss wird im Jahr 2014 den Beteiligungsbuchwert der HRE Holding an der pbb erhöhen.

Gemäß der Entscheidung im EU-Beihilfverfahren vom 18. Juli 2011 beabsichtigt die HRE 100% des Aktienkapitals der DEPFA zu veräußern. Nach einer marktüblichen Due Dilligence haben interessierte Anbieter bis Ende Januar 2014 Angebote für den Kauf der DEPFA unterbreitet. Auf dieser Basis haben die HRE und die FMSA, die den Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) als Eigentümerin der HRE verwaltet, Ende Februar 2014 einen kleineren Kreis von Bietern ausgewählt. Mit diesen ausgewählten Bietern werden weitere Verhandlungen geführt. Ein Vertragsabschluss zum DEPFA-Verkauf im ersten Halbjahr 2014 ist möglich. Die im Falle eines Verkaufs voraussichtlich resultierenden Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind im Prognosebericht beschrieben.

Mit Wirkung zum 25. Februar 2014 ist Dr. Alexander Groß aus dem Aufsichtsrat der HRE Holding ausgeschieden.

Mit Wirkung zum 1. März 2014 hat der Aufsichtsrat der HRE Holding Andreas Schenk zum Mitglied des Vorstands bestellt. Im Vorstand übernimmt Andreas Schenk als Chief Risk Officer (CRO) die Verantwortung für das gesamte Risikomanagement.

Der Aufsichtsrat hat Andreas Arndt zum 15. April 2014 als Finanzvorstand bestellt. Er wird das CFO-Ressort mit den Bereichen Finance, Operations und Legal verantworten. Alexander von Uslar wird aus dem Vorstand ausscheiden.

Risiko- und Chancenbericht

Die HRE Holding ist die Obergesellschaft der HRE. Der Vorstand der Gesellschaft ist zudem Organ der wesentlichen Tochtergesellschaften des Konzerns. Der Vorstand der HRE Holding ist dadurch in alle wesentlichen Entscheidungen des Konzerns eingebunden. Daher können Risiken, die auf Ebene der Tochtergesellschaften bestehen, erkannt und mögliche Auswirkungen auf die HRE Holding eingeschätzt werden.

Die in der HRE Holding bestehenden Risiken, insbesondere das Risiko aus den Anteilen an verbundenen Unternehmen und Rechtsrisiken, aber auch sämtliche andere potentielle Risiken (zum Beispiel Liquiditätsrisiko, Adressrisiko), werden durch den Vorstand der HRE Holding überwacht. Der Vorstand bedient sich hierbei der an die HRE Holding entsendeten Mitarbeiter und den in der HRE implementierten Überwachungsinstrumenten. Der Vorstand der HRE Holding hat unmittelbaren Zugriff auf alle Bereiche. Erkannten Risiken kann somit direkt entgegengewirkt werden.

Die HRE Holding unterscheidet für ihre Geschäftsaktivitäten folgende wesentliche Risiken. Die Risikosituation in der HRE Holding hängt im Wesentlichen von der Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften ab und spiegelt sich wider im Buchwert der Anteile an verbundenen Unternehmen. Darüber hinaus bestehen in der HRE Holding operationelle Risiken. Hierunter fallen insbesondere Risiken aus Rechtsstreitigkeiten, die in der HRE Holding als Obergesellschaft des Konzerns unmittelbar und mittelbar bestehen sowie Risiken aus der Personalentsendung in die HRE Holding. Die weiteren Risiken in der HRE Holding werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung des Unternehmens kontinuierlich überprüft.

Buchwert der Anteile an verbundenen Unternehmen

Für die HRE Holding als Obergesellschaft des Konzerns liegt das wesentliche Risiko in der Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen, insbesondere der Anteile an der pbb sowie an der DEPFA. Beide Gesellschaften werden auf Basis interner Unternehmensbewertungen und weiterführenden Überlegungen beurteilt. Ergibt sich aus der Unternehmensbewertung ein Abschreibungsbedarf der Anteile, werden zum Bilanzstichtag der Bewertung die Anteile mit dem niedrigeren Wert ausgewiesen. Ergibt sich aus der Unternehmensbewertung ein höherer Wert als der Buchwert, werden die Anteile wieder zugeschrieben, wobei die fortgeführten Anschaffungskosten die Wertobergrenze bilden.

Bei der Beurteilung der Unternehmenswerte werden insbesondere die wesentlichen Risikoarten betrachtet, die sich aus der Geschäftstätigkeit der Unternehmen ergeben. In den Geschäftstätigkeiten der pbb sowie der DEPFA werden demnach folgende Risikoarten als wesentlich erachtet:

- **Adressrisiko** (das Adressrisiko im Allgemeinen bezeichnet das Risiko eines unerwarteten Ausfalls oder Rückgangs des Fair-Value-Wertes einer Forderung oder eines Derivats, resultierend aus der Verschlechterung der Absicherungssituation beziehungsweise der Verschlechterung der Bonität eines Landes oder eines Kontrahenten. Das Adressrisiko umfasst das Kredit-, Kontrahenten-, Emittenten-, Länder-, Konzentrations- und Erfüllungsrisiko.)
- **Marktrisiko** (die Gefahr eines Wertverlustes aufgrund von Schwankungen der Marktpreise von Finanzinstrumenten. Geschäfte der HRE unterliegen hauptsächlich Credit-Spread-Risiken, allgemeinen Zinsänderungsrisiken sowie Fremdwährungsrisiken)
- **Liquiditätsrisiko** (das Risiko, bestehenden oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nach Umfang und zeitlicher Struktur nicht, nicht vollständig beziehungsweise nicht fristgerecht nachkommen zu können)

- **Operationelles Risiko** (definiert als die Gefahr von Verlusten, verursacht durch unzureichende oder fehlende Prozesse, menschliche Fehler, Technologieversagen oder externe Ereignisse. Die Definition beinhaltet rechtliche Risiken, schließt jedoch strategische und Reputationsrisiken aus. Operationelle Risiken sind mit den meisten Geschäftsaktivitäten verbunden und erstrecken sich auf eine Vielzahl von unterschiedlichen Risiken)
- **Geschäftsrisiko** (Risiko von Gewinneinbußen aufgrund von Veränderungen des externen Geschäftsumfelds, die die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Bank tangieren)
- **Immobilienrisiko** (das Immobilienrisiko beschreibt das Risiko eines Bewertungsverlusts des Immobilienportfolios des HRE Konzerns)

Für das Adress-, Markt-, Geschäfts-, Immobilienrisiko und operationelle Risiko wird ökonomisches Kapital berechnet. Weiterhin wird das Adress-, Markt- und operationelle Risiko nach Basel II quantifiziert und mit regulatorischem Eigenkapital unterlegt. Hinsichtlich des Marktrisikos erfolgt das Management der Positionen im Bereich Treasury während die Risikomessung sowie die Überwachung der Limiteinhaltung durch den aufbauorganisatorisch getrennten Bereich Risk Management & Control stattfindet. Als Teil der Liquiditätsrisikostategie erfolgt die Überwachung und Steuerung der kurz- und mittelfristigen Refinanzierung mittels eines Limit-Systems. Risk Management & Control identifiziert, misst, berichtet und überwacht das Liquiditätsrisiko. Die Steuerung obliegt dem Bereich Treasury. Operationelle Risiken werden durch ein Netzwerk, bestehend aus Kontrollen, Verfahren, Berichten und Verantwortlichkeiten, überwacht.

Zusätzlich zu den genannten Risikoarten sind nachfolgend weitere Risikoarten identifiziert worden. Diese werden nicht quantifiziert, jedoch über geeignete Berichte, Vorgaben und Richtlinien begrenzt:

- Strategische Risiken
- Reputationsrisiken
- Regulatorische Risiken

Der Vorstand der HRE Holding ist verantwortlich für das konzernweite Risikomanagement und die Organisation. Für die Überwachung der aufgeführten Risikoarten sind verschiedene Gremien eingerichtet worden, die kontinuierlich über die Entwicklungen in den einzelnen Risikoarten an den Vorstand berichten.

Die im Geschäftsjahr 2008 vollständig abbeschriebenen Anteile an der DEPFA wurden zum Geschäftsjahresende 2013 auf einen aus Sicht der HRE Holding ermittelten Beteiligungsbuchwert von 28,4 Mio. € zugeschrieben.

Bei den Anteilen an der pbb kam es aufgrund der aktuellen Unternehmensbewertung zu Zuschreibungen auf den sich aus der Bewertung ergebenden Beteiligungsbuchwert der Anteile von 2.048 Mio. €.

Operationelle Risiken der HRE Holding

Personalentsendung Die HRE Holding beschäftigt außer dem Vorstand keine Mitarbeiter direkt. Vielmehr wird mittels Entsendungsverträgen auf Personal der Tochtergesellschaften zurückgegriffen. Die Durchführung des aktuellen Tagesgeschäfts, die fortlaufende Weiterentwicklung des HRE Konzerns sowie die Etablierung stabiler Kontrollprozesse erfordern erfahrenes Personal. Der Verlust von Know-how derjenigen Mitarbeiter der

Tochtergesellschaften, die aufgrund der bestehenden Entsendungsverträge diese Arbeiten verrichten, stellt für die HRE Holding ein erhöhtes Risiko dar.

Rechtsrisiken Die HRE Holding ist als Obergesellschaft des HRE Konzerns an einer Reihe gerichtlicher und außergerichtlicher Verfahren beteiligt, aus denen sich für die Gesellschaft Rechtsrisiken ergeben. Einschätzungen über die jeweiligen Verfahren werden durch die Rechtsabteilung vorgenommen. Ist ein für die HRE negativer Ausgang eines Verfahrens hinreichend wahrscheinlich, wird in Höhe der angenommenen Inanspruchnahme die Bildung von Rückstellungen vorgeschlagen. Der Gesamtvorstand der HRE Holding wird über die Einschätzungen zu den anhängigen Verfahren informiert und entscheidet über die zu bildende Rückstellung.

Die wesentlichen gerichtlichen und außergerichtlichen Verfahren werden im Anhang näher erläutert.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Prognose

Gesamtwirtschaftliche Prognose

Das globale Wirtschaftswachstum dürfte sich von 2,2% in 2013 auf 3,0% 2014 erhöhen. Die Annahmen für Europa für das Jahr 2014 basieren dabei auf der Prämisse, dass die Unsicherheiten über die weitere Bewältigung der Krise im Euro-Raum deutlich gesunken sind. Nacheinem leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung 2013 wird für das Jahr 2014 eine Zuwachsrate von 1,1% erwartet. Allerdings ist der aktuelle Aufschwung nicht selbsttragend, da viele Industrieländer weiterhin hohe öffentliche Finanzierungsdefizite aufweisen. Für die USA wird für das Jahr 2014 von einem Wachstum von 2,8% ausgegangen (2013: 1,9%), das vor allem durch die Binnennachfrage getrieben sein dürfte. In Deutschland wird mit einem Zuwachs von 1,6% gerechnet; in Großbritannien soll er sogar etwas stärker ausfallen. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Frankreich wird bei 1,1% erwartet, Spanien und Portugal dürften zumindest ein kleines Wachstum aufweisen. Die nordischen Länder werden voraussichtlich 2014 stärker wachsen als 2013, die Region Mittel- und Osteuropa soll sich ebenfalls positiv entwickeln.

Aufgrund der immer noch schwachen Nachfrageentwicklung wird erwartet, dass die Inflation im Prognosezeitraum in den meisten Regionen noch langsamer steigt als im letzten Jahr. Inflationsrisiken könnten jedoch mittelfristig zunehmen, je länger die Volkswirtschaften von der europäischen Zentralbank zu Zinsen nahe null Prozent versorgt werden. Es ist davon auszugehen, dass die langfristigen Zinsen leicht steigen werden, das Niveau der kurzfristigen Zinsen jedoch im Wesentlichen unverändert bleibt.

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Branchenbezogene Prognose

Gesamtsituation der Bankbranche

Das Branchenumfeld für Banken wird auch 2014 schwierig bleiben. Politik und Notenbanken werden den Bankensektor weiterhin maßgeblich beeinflussen.

Das niedrige Zinsniveau wird die Ertragssituation nach wie vor belasten. Die Vielzahl regulatorischer Neuerungen wird sich auf die Geschäftsmodelle und Bilanzstrukturen auswirken. Hier stehen vor allem die Anforderungen aus dem Basel III Reformpaket an die Eigenkapital und Liquiditätsausstattung sowie die Einführung einer verbindlichen Verschuldungsquote im Vordergrund. Die Umsetzung in der Europäischen Union wird über eine Neufassung der Capital Requirements Directive (CRD) erfolgen und soll ab 2014 schrittweise in Kraft treten.

Die für Herbst 2014 geplante Übertragung der Aufsicht über die systemrelevanten Banken der Eurozone auf die EZB bedeutet im Hinblick auf die vorausgehende umfassende Bewertung (Risikoprüfung, Bilanzprüfung und Stresstest) der Bankbilanzen für die betroffenen Banken erheblichen Aufwand.

Die Entwicklung im Bankensektor dürfte vor dem Hintergrund seiner Schlüsselrolle in der Finanzkrise, den umfangreichen regulatorischen Neuerungen und der juristischen Aufarbeitung verschiedenster Sachverhalte auch im Jahr 2014 weiterhin stark im kritischen Fokus der breiten Öffentlichkeit stehen. Durch die Kosten der Regulierung wird allgemein die Rentabilität belastet werden.

Gewerbliche Immobilienfinanzierung

Für die europäischen Immobilienmärkte wird im Jahr 2014 eine Fortsetzung der positiven Entwicklung des Vorjahres erwartet. Es wird 2014 von einem weiteren Anstieg des Investitionsvolumens in Gewerbeimmobilien ausgegangen. Damit würden wieder Niveaus erreicht werden, wie sie zum Zeitpunkt vor der Finanz- und Wirtschaftskrise vorlagen.

Innerhalb Europas sollte das Hauptinteresse der Investoren auf Objekten in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Skandinavien und Osteuropa liegen. Darüber hinaus ist auch für Spanien ein weiteres Wachstum möglich.

Insgesamt wird davon ausgegangen, dass sich der Fokus der Investoren weiter von erstklassigen Objekten in zentralen Lagen hin zu Objekten in dezentraleren Lagen verschieben wird. Die Segmente Büro- und Handelsimmobilien dürften weiterhin das Marktgeschehen dominieren, aber auch die Nachfrage nach Logistikimmobilien sollte sich positiv entwickeln.

Vom steigenden Transaktionsvolumen dürften auch die Immobilienfinanzierer profitieren. Die Finanzierungsbedingungen werden sich voraussichtlich auch weiterhin günstig entwickeln. Als eine Folge sollte auch der Abschluss von großvolumigen Finanzierungen beziehungsweise Finanzierungen mit Teilen von spekulativen Elementen wieder zunehmen. Zudem wird damit gerechnet, dass verstärkt Finanzierungen durch alternative Kreditgeber wie Versicherer, Pensionskassen oder Kreditfonds angeboten werden.

Quelle: Research von CBRE

Finanzierung des öffentlichen Sektors

Die hohen Transparenzanforderungen an die öffentlichen Kreditnehmer werden für die finanzierenden Banken in der öffentlichen Investitionsfinanzierung in absehbarer Zeit bestehen bleiben. Insbesondere die Länder im Fokus wie Spanien und Italien dürften unter bestimmten Rahmenbedingungen bei den finanzierenden Banken wieder sehr selektiv auf Neugeschäftsmöglichkeiten geprüft werden. Neben der transparenten Offenlegung der finanziellen Situation und der Analyse des genauen Investitionszwecks der angefragten Finanzierung werden vor allem wirtschaftliche Lage und Ausblick bei einer Finanzierungsentscheidung maßgeblich sein.

In diesem Marktumfeld wird es auch weiterhin deutliche Bewegung bei Wettbewerbern geben – mit der Konsequenz, dass ehemals zurückhaltende Banken länderspezifisch wieder stärker in Finanzierungen eintreten oder Finanzierungen zum Teil von anderen Marktteilnehmern wie Versicherungen und Kreditfonds angeboten werden.

Die Situation auf den Märkten Deutschland und Frankreich dürfte gegenüber dem Jahr 2013 im Wesentlichen unverändert bleiben. Der deutsche Markt wird nach wie vor von den öffentlich-rechtlichen Banken und Förderbanken bei niedrigem Margenniveau dominiert werden. In Frankreich hat sich der intensive Wettbewerb in sinkenden Margen niedergeschlagen. Dieser Trend wird sich zumindest im nächsten Jahr fortsetzen. Es werden sich in Frankreich aber erneut gute Chancen ergeben, Geschäfte mit attraktiven Risiko-Ertrags-Profilen abzuschließen. Nachdem das Defizit in den USA im Jahr 2013 geschätzt um 2,5 Prozentpunkte zurückgeführt wurde, wird die nächste Stufe der Maßnahmen eine weitere Reduzierung des Defizit nur langsam ermöglichen. Aufgrund der Struktur des US-Markts wird die Refinanzierung der Staatsschulden voraussichtlich weiterhin zu niedrigen Zinsen möglich sein.

Im Bereich der Exportfinanzierungen wird es auch in Zukunft ausreichend Möglichkeiten für Neugeschäft geben (teilweise aufgrund einer veränderten strategischen Ausrichtung von ehemals sehr aktiven Banken).

Refinanzierungsmärkte

Die zukünftige Geldpolitik der Zentralbanken wird einen hohen Einfluss auf den Kapitalmarkt haben. Durch das historisch niedrige Zinsumfeld dürfte die Nachfrage von Investoren nach unbesicherten Anleihen weiterhin hoch sein. Auf der anderen Seite könnte die umfassende Bewertung durch die EZB für Volatilität an den Märkten sorgen.

Die Auswirkungen von regulatorischen Veränderungen auf die Refinanzierungsmärkte sind noch unsicher. Die zu erwartende Klassifizierung von Pfandbriefen als liquide oder sogar hochqualitative und hochliquide Wertpapiere im Sinne der Liquidity Coverage Ratio sollte zu einer stabilen, eventuell auch steigenden Nachfrage, führen. Ein geringes Neuemissionsvolumen und eine weiterhin hohe Geldmenge müssten sich positiv auf die Refinanzierungsmöglichkeiten der Kreditinstitute mit Pfandbriefen auswirken. Regulatorische und gesetzliche Änderungen können bei bestimmten Emittenten zu einer schwierigeren Platzierbarkeit von unbesicherten Anleihen führen.

Unternehmensprognosen

Die Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der HRE Holding stellen Einschätzungen dar, die auf Basis der zum Aufstellungszeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen wurden. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken und Chancen nicht in kalkulierter Höhe eintreten, können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten Ergebnissen wesentlich abweichen.

Zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Begünstigt durch die Zuschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen hat die HRE Holding das Jahr 2013 mit einem positiven Vorsteuerergebnis abgeschlossen. Für das Geschäftsjahr 2014 wird ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, sofern nicht Einmaleffekte das Ergebnis negativ beeinflussen. Die Zinserträge aus der bei der pbb angelegten Inhaberschuldverschreibung werden voraussichtlich den Personalaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen decken.

Derzeit anhängige wie auch künftig noch anhängig werdende Rechtsstreitigkeiten können das Ergebnis der HRE Holding erheblich beeinflussen.

Zudem könnte ein wesentlicher Ertrag aus dem Verkauf der DEPFA resultieren, wenn der Verkaufspreis über dem Wert liegt, der bei Verbleib der DEPFA in der HRE erwartet werden würde (Run-Off Wert).

Sollten Einmaleffekte ausbleiben, würden sich die Summe der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie das Eigenkapital voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Dividendenausschüttungen der wesentlichen Beteiligungen pbb und DEPFA sind nicht zu erwarten. Gewinne werden als eine Auflage des von der Europäischen Kommission geforderten Burden Sharing bis zur Reprivatisierung bei der pbb thesauriert und zur Rückführung der stillen Einlage der Bundesrepublik Deutschland verwendet. Die DEPFA wird bis zur Reprivatisierung unter bestimmten Bedingungen eine Abgabe an die Bundesrepublik Deutschland im Sinne des Burden Sharing leisten müssen.

Aus der Verwaltung der wesentlichen Beteiligungen, pbb und DEPFA, ergeben sich Chancen und Risiken der HRE Holding mittelbar aus den Chancen und Risiken dieser beiden Beteiligungen.

Chancen Für die Zukunft ergeben sich die folgenden Chancen für die Beteiligungsunternehmen der HRE Holding:

- Durch die erfolgreichen Restrukturierungsmaßnahmen der letzten Jahre hat die HRE ihre Marktstellung gestärkt, was sich auch in der Steigerung des Neugeschäftsvolumens im Jahr 2013 gegenüber dem Jahr 2012 gezeigt hat. Durch die Erfolge in der Neuausrichtung der HRE wurde die Möglichkeit geschaffen, die positive Entwicklung fortzusetzen und in den Kerngeschäftsfeldern gewerbliche Immobilienfinanzierung und Öffentliche Investitionsfinanzierung die Profitabilität zu steigern mit dem Ziel zu wachsen.
- Die Beteiligungsunternehmen der HRE Holding haben im September 2013 die Dienstleistungen für das Portfolio der FMS Wertmanagement beendet. Aufgrund dessen wird der Fokus noch stärker auf die relevanten Kundenmärkte in der gewerblichen Immobilienfinanzierung und der Öffentlichen Investitionsfinanzierung gerichtet, was sich positiv auf die Neugeschäftshöhe und die Neugeschäftsmargen auswirken würde und somit auch auf die Vermögens- und Ertragslage.
- Auf den für die HRE relevanten Märkten besteht eine große Nachfrage nach Finanzierungen. Vor diesem Hintergrund sieht die HRE langfristig ein attraktives Marktumfeld in der gewerblichen Immobilienfinanzierung und der Öffentlichen Investitionsfinanzierung, was sich positiv auf die Neugeschäftshöhe und die Neugeschäftsmargen auswirken würde und somit auch auf die Vermögens- und Ertragslage.
- Der Pfandbrief ist auch in den von Marktunsicherheit geprägten vergangenen Jahren eine solide Anlage mit bewährter Marktinfrastruktur gewesen, was sich auch durch die hohe Nachfrage der Investoren im Jahr 2013 ausgedrückt hat. Die HRE hat große Erfahrung im Pfandbriefmarkt und kann auf bestehende Kundenbeziehungen aufbauen. Dadurch konnten im abgelaufenen Jahr mehrere Emissionen von Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen erfolgreich abgesetzt werden. Die HRE greift damit auf ein weiterhin gesuchtes Instrument am Kapitalmarkt zurück, was sich positiv auf die Finanzlage auswirkt.
- Darüber hinaus hat die HRE im Jahr 2013 unbesicherte Emissionen begeben, was das Vertrauen der Anleger verdeutlicht. Durch diese wichtige Möglichkeit der Mittelaufnahmen ergeben sich positive Effekte auf die Liquidität und die Finanzlage.
- Die HRE nimmt ferner durch die pbb direkt Tagesgelder und Festgelder mit Laufzeiten bis zu zehn Jahren auf. Das Einlagevolumen der pbb direkt ist in den letzten Monaten kontinuierlich gestiegen. Die HRE hat damit eine neue Refinanzierungsquelle erschlossen, die Refinanzierungsbasis diversifiziert, und kann flexibel auf Marktchancen reagieren. Dadurch ergeben sich positive Effekte auf die Liquidität und die Finanzlage.
- Vor allem auf Kundenwunsch haben die Beteiligungsunternehmen der HRE, und hierbei insbesondere die DEPFA, in den Jahren 2013 und 2012 Verbindlichkeiten vor Fälligkeit zurückgenommen. Dabei wurden Einmalerträge in signifikantem Umfang realisiert. In Abhängigkeit vom Kundenverhalten können sich auch zukünftig derartige Erträge ergeben.
- Im Jahr 2013 wurden weitere Fortschritte bei der Separierung der beiden Beteiligungsunternehmen pbb und DEPFA erzielt. Diese Entflechtung, die im Jahr 2014 abgeschlossen werden soll, erhöht die Chancen für eine erfolgreiche Privatisierung der Beteiligungsunternehmen.
- Eine weitere Chance stellt der strikte Kostenfokus der Beteiligungsunternehmen der HRE Holding dar. Der verringerte Verwaltungsaufwand im Geschäftsjahr 2013 zeigt die bereits erzielten Erfolge. Zum Beispiel wurde das Zielmodell des pbb Konzerns erfolgreich umgesetzt. Auch zukünftig wird der jeweilige Status von Prozessen kontinuierlich analysiert, um entsprechende Verbesserungsmaßnahmen abzuleiten. Die Beteiligungsunternehmen der HRE Holding werden durch diese Maßnahmen ihre

Kostenbasis deutlich verringern sowie schlanker und effizienter werden, sodass sich die Profitabilität erhöht.

- Ferner haben die Beteiligungsunternehmen der HRE Holding wesentliche Erfolge bei der Vereinheitlichung ihrer IT-Systeme erzielt. Hieraus haben sich zusätzliche Effizienzsteigerungen ergeben.
- Durch Prozessoptimierungen sowie dem Aufbau von Spezialistenteams für einzelne Immobilienarten können Kundenbedürfnisse schneller erfüllt und dadurch die Kundenzufriedenheit erhöht werden, was sich positiv auf die Neugeschäftshöhe und die Neugeschäftsmargen auswirkt und somit auch auf die Vermögens- und Ertragslage.
- Die HRE ist ein attraktiver Arbeitgeber. Leistungsfähige und hoch qualifizierte Mitarbeiter und Führungskräfte können gebunden werden und die HRE bei der Erreichung ihrer ambitionierten Ziele unterstützen.

Risiken Allerdings sind auch zukünftig Belastungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht auszuschließen. Die Höhe der möglichen Belastungen wird insbesondere beeinflusst durch den Eintritt oder Nichteintritt beziehungsweise den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten, möglicherweise sich verwirklichenden Risiken:

- Einige europäische Staaten konnten sich im Geschäftsjahr 2013 nur mit der Unterstützung von internationalen Hilfsprogrammen refinanzieren. Sollte sich die Schuldenkrise einiger Staaten weiter verschärfen und sollten Forderungsverzichte auch für die Papiere anderer Staaten notwendig werden, oder sollte es zu einer Insolvenz von öffentlichen Schuldnern kommen, drohen auch den Beteiligungsunternehmen der HRE Holding erhebliche Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere. Diese Wertberichtigungen könnten sich erhöhen, wenn sich die Krise einzelner Staaten aufgrund von Verflechtungen oder Marktturbulenzen auf andere, derzeit als solvent geltende Schuldner negativ auswirkt.
- Unter anderem aufgrund des erfolgreichen Portfoliomanagements Beteiligungsunternehmen der HRE Holding waren in den Jahren 2013 und 2012 nur für wenige Einzelengagements Wertberichtigungen notwendig. Dennoch sind zukünftig signifikante Abschreibungen auf Forderungen nicht auszuschließen. Der Abschreibungsbedarf hängt primär von der wirtschaftlichen Situation der finanzierten Objekte ab. Ursache kann aber auch eine generelle Krise einzelner Märkte, wie der Immobilienmärkte, in verschiedenen Ländern sein.
- Die Lage auf den Refinanzierungsmärkten hat sich im Berichtsjahr verbessert. Dennoch sind die Refinanzierungsmärkte weiterhin störungsanfällig. Die Schuldenkrise einiger europäischer Staaten kann beispielsweise zu einem größeren Vertrauensverlust und zu signifikant geringeren Umsätzen auf den Emissionsmärkten oder dem Interbankenmarkt führen. Ferner kann eine Veränderung des Zinsniveaus Auswirkungen auf die Liquidität im Markt haben. Sollte es zu solchen Störungen der Refinanzierungsmärkte kommen, könnten sich trotz eines vorhandenen Puffers negative Auswirkungen auf die Liquiditätssituation der Beteiligungsunternehmen der HRE Holding ergeben. Ferner kann eine gezielte Reduzierung des Neugeschäftsvolumens die Folge sein.
- Die Europäische Zentralbank führt im Jahr 2014 im sogenannten Comprehensive Assessment („Umfassende Bewertung“) eine Bankenprüfung vor Beginn des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) durch. Das Comprehensive Assessment umfasst dabei eine Risikoprüfung (Risk Assessment), eine Bilanzprüfung (Balance Sheet Assessment) und schließt mit einem Stresstest ab. Die HRE wurde als eines von 128 Instituten in der Eurozone benannt, an dieser Bankenprüfung teilzunehmen. Als Ergebnis kann die Europäische Zentralbank für die HRE eine höhere Eigenkapitalausstattung fordern, was sich auf die Eigenkapitalausstattung der HRE auswirken kann. Zudem kann

vor der Bekanntgabe der Ergebnisse die Unsicherheit auf den Märkten steigen, was die Refinanzierung erschweren kann. Durch das Comprehensive Assessment können sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HRE Holding ergeben.

- Die Fortentwicklung von nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen kann sich auf die Struktur der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auswirken und somit auch die Ertragslage beeinflussen. So kann beispielsweise durch die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht vorgestellten geänderten Verpflichtungen (Basel III) an höhere Liquiditätsanforderungen die Profitabilität geschmälert oder durch strengere Eigenkapitalanforderungen die Rentabilität reduziert werden. Weiterhin können sich Auswirkungen auf bereits heute gültige regulatorische und ökonomische Kennzahlen ergeben, die beispielsweise eine geänderte Kapitalausstattung erfordern.
- Die Europäische Kommission hat im Rahmen der Genehmigungsentscheidung im Beihilfeverfahren die Privatisierung des Beteiligungsunternehmens pbb so schnell wie möglich, aber bis spätestens 31. Dezember 2015 vorgeschrieben. Soweit die Privatisierung nicht bis zum 31. Dezember 2015 durchgeführt wurde, veräußert ein eingesetzter Veräußerungstreuhänder die pbb ohne Vorgabe eines Mindestpreises an einen Käufer, sofern die Kommission den Käufer und den endgültigen verbindlichen Kaufvertrag genehmigt hat. Darüber hinaus soll die HRE Holding sicherstellen, bis spätestens 31. Dezember 2014 eine Veräußerung einzelner Aktivpositionen der Hypo Public Finance Bank, der Hypo Pfandbrief Bank International, der DEPFA ACS Bank und der DEPFA Bank plc oder der Gesellschaften selbst beziehungsweise der DEPFA Group herbeizuführen. Die Veräußerung bedarf der Zustimmung der Hauptversammlung und von nationalen Aufsichtsbehörden. Der Verkauf oder alternative Überlegungen des Aktionärs in Abstimmung mit der Europäischen Kommission können sich positiv, aber auch negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HRE Holding auswirken.
- Die Methoden zur Bewertung von Finanzinstrumenten werden fortlaufend am Markt weiterentwickelt. Zum Beispiel ändern sich die Marktkonventionen zur Bewertung von Derivaten, was sich im Jahr 2013 insbesondere durch die Verwendung von Overnight-Zinskurven zur Derivatebewertung gezeigt hat. Aus vergleichbaren Anpassungen können sich für die HRE im Jahr 2014 negative Auswirkungen auf die Ertragslage ergeben.
- Ratingagenturen passen ihre Methoden und Modelle fortlaufend an, auch um veränderte makroökonomische Rahmenbedingungen und mögliche Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise zu berücksichtigen. Aus diesen Anpassungen sowie aus Veränderungen der spezifischen Ratingtreiber der Banken der HRE Holding und der Covered Bonds können Ratingveränderungen resultieren. Auch die fortschreitende Reduzierung der Verbindungen zwischen der DEPFA und der FMS Wertmanagement und eine Veränderung der Eigentümerstrukturen im Rahmen der geplanten Privatisierungen könnten sich bei den betroffenen Banken der HRE auf die Ratings auswirken. Herabstufungen von Bank- und/oder Covered Bond Ratings können sich insbesondere negativ auf die Refinanzierungsbedingungen der Banken auswirken und damit zu einer Beeinträchtigung ihrer Finanz- und Ertragslage führen.
- Das Risikotragfähigkeitskonzept wird laufend weiterentwickelt. Aus der Weiterentwicklung beziehungsweise aus neuen regulatorischen Anforderungen können sich Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeitsanalyse im Going-Concern Ansatz und im Gone-Concern Ansatz ergeben. Ein Einflussfaktor auf die Risikotragfähigkeit im Gone-Concern Ansatz ist zudem die Entwicklung der Marktwerte der Aktiva und Passiva. Sollten die stillen Lasten aufgrund von Marktwertveränderungen steigen, könnte das Deckungskapital den ökonomischen Kapitalbedarf unterschreiten.
- Das Image der HRE Holding und ihrer Beteiligungsunternehmen hat in den letzten Jahren gelitten. Auch wenn bereits Erfolge beim Wiedereintritt in Märkte erzielt werden konnten, sind negative Folgen für die Zielerreichung der HRE Holding nicht auszuschließen.

- Aufgrund der Natur und der internationalen Erstreckung ihrer Geschäftstätigkeit und der Vielzahl der maßgeblichen Vorgaben und Vorschriften ist die HRE in einigen Ländern an Gerichts-, Schieds- und aufsichtsbehördlichen Verfahren beteiligt. Derzeit anhängige (insbesondere im Zusammenhang mit behaupteten Informationsfehlverhalten, beschrieben in den Erläuterungen zum Bilanzposten Rückstellungen) wie auch künftig noch anhängig werdende Rechtstreitigkeiten können das Ergebnis und die Eigenkapitalsituation der HRE Holding erheblich beeinträchtigen.
- Die HRE Holding und deren Beteiligungsunternehmen sind operationellen Risiken ausgesetzt, die zum Beispiel aus Technologierisiken aufgrund der Vielzahl der Buchungssysteme resultieren. Obwohl die Beteiligungsunternehmen der HRE Holding Projekte zur Optimierung von Prozessen und der IT-Infrastruktur teilweise bereits erfolgreich abgeschlossen haben, können aus den operationellen Risiken wesentliche Verluste entstehen.
- Ein weiteres operationelles Risiko ergibt sich aus der Abhängigkeit von Mitarbeitern in den Beteiligungsunternehmen der HRE Holding, die Inhaber von risikobegründeten Positionen sind. Abgänge von Mitarbeitern in Schlüsselpositionen sind nicht auszuschließen. Hieraus können sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.
- Im Großteil der Länder der Europäischen Union sind zusätzliche Abgaben für Banken geplant oder diskutiert. Die Einführung eines europäischen Restrukturierungsfonds oder einer Abgabe auf Finanzmarkttransaktionen sind Beispiele hierfür. Derartige Abgaben könnten das Ergebnis der HRE Holding und deren Beteiligungsunternehmen belasten und Geschäfte unrentabel werden lassen.

Zusammenfassung

Die Profitabilität der HRE Holding hängt vor allem von der Entwicklung ihrer beiden wesentlichen Beteiligungsunternehmen pbb und DEPFA ab. Für diese beiden Beteiligungen bestehen für die Zukunft zahlreiche Chancen auf eine Erhöhung der Profitabilität. Diese Einschätzung setzt jedoch voraus, dass Risiken, die sich zum Beispiel aus nicht beeinflussbaren Faktoren wie der Staatsschuldenkrise ergeben, nicht schlagend werden. Die weitere Entwicklung der HRE Holding hängt stark vom beabsichtigten Verkauf des Beteiligungsunternehmens DEPFA ab. Sollte der Verkauf im Jahr 2014 nicht gelingen, wird ein ausgeglichenes Vorsteuerergebnis erwartet. Käme der Verkauf zustande, könnte das Ergebnis vor Steuern durch einen möglichen Veräußerungsgewinn begünstigt sein. Die Ertrags- und Finanzlage der HRE Holding ist aber auch beeinflusst durch den Ausgang derzeit angängiger sowie künftig noch anhängig werdender Rechtstreitigkeiten.

Jahresabschluss der Hypo Real Estate Holding AG für das Geschäftsjahr 2013

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva

in €	2013	2012
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	40.541,00	110.041,00
	<u>40.541,00</u>	<u>110.041,00</u>
Sachanlagen		
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	110.163,00	135.193,00
	<u>110.163,00</u>	<u>135.193,00</u>
Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.076.418.000,01	1.861.018.000,01
	<u>2.076.418.000,01</u>	<u>1.861.018.000,01</u>
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	221.685,39	4.994.573,81
Sonstige Vermögensgegenstände	9.935.288,46	11.924.256,93
	<u>10.156.973,85</u>	<u>16.918.830,74</u>
Wertpapiere		
Sonstige Wertpapiere	822.207.173,57	820.000.000,00
	<u>822.207.173,57</u>	<u>820.000.000,00</u>
Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	19.294.788,29	23.618.930,74
darunter Guthaben bei verbundenen Unternehmen		
19.057.858,04 € (2012: 22.990.784,21 €)		
Rechnungsabgrenzungsposten	130.391,35	475.769,26
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	3.262.502,77	2.807.119,29
Summe der Aktiva	<u>2.931.620.533,84</u>	<u>2.725.083.884,04</u>

Passiva

in €	2013	2012
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital		
Stammaktien	2.672.545.822,00	2.672.545.822,00
Kapitalrücklage	527.101.539,45	527.486.271,07
Gewinnrücklagen	3.126.697,99	3.126.697,99
Bilanzverlust	-365.310.112,54	-542.279.861,26
	<u>2.837.463.946,90</u>	<u>2.660.878.929,80</u>
Rückstellungen		
Steuerrückstellungen	872.240,95	-
Sonstige Rückstellungen	91.339.531,89	59.199.009,98
	<u>92.211.772,84</u>	<u>59.199.009,98</u>
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.311.911,55	1.849.176,57
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	387.075,64	2.969.972,00
Sonstige Verbindlichkeiten	89.165,74	82.814,52
davon aus Steuern 89.110,34 € (2012: 82.814,52)		
	<u>1.788.152,93</u>	<u>4.901.963,09</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	156.661,17	103.981,17
Summe der Passiva	<u>2.931.620.533,84</u>	<u>2.725.083.884,04</u>

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften,
Wechsel- und Scheckbürgschaften
161.895.751,42 € (2012: 339.304.330,29 €)

Gewinn- und Verlust-Rechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

in €	2013	2012
Sonstige betriebliche Erträge	220.479.636,00	14.503.488,16
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	-2.044.789,59	-2.151.018,00
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-1.242.266,48	-765.255,00
davon für Altersversorgung 1.226.153,58 € (2012: 725.537,32 €)		
	-3.287.056,07	-2.916.273,00
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-94.530,00	-98.166,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-48.370.465,92	-18.975.641,20
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.031.090,90	14.149.784,58
davon aus verbundenen Unternehmen 11.944.770,48 € (2012: 13.753.176,68 €)		
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-188.000.000,00
davon aus verbundenen Unternehmen 0,00 € (2012: 188.000.000,00 €)		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.447.710,81	-6.493.435,52
davon aus der Abzinsung von Rückstellungen 2.638.649,94 € (2012: 3.510.130,97 €)		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	177.310.964,10	-187.830.242,98
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-864.958,62	398.548,32
Sonstige Steuern	523.743,24	3.115.668,31
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	176.969.748,72	-184.316.026,35

Anhang für das Geschäftsjahr 2013

A. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Grundsätzliche Angaben

Der Jahresabschluss der HRE Holding zum 31. Dezember 2013 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) über die Rechnungslegung von Kapitalgesellschaften sowie den ergänzenden Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

Auf die Rechnungslegung der Gesellschaft finden die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB Anwendung.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der §§ 242–256 HGB sowie unter Berücksichtigung der besonderen Regelungen für Kapitalgesellschaften nach §§ 266–278 HGB aufgestellt.

Die Gewinn- und Verlust-Rechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die HRE Holding ist im Handelsregister des Amtsgerichts München (HRB 149393) mit Firmensitz München eingetragen. Die Geschäftsanschrift der Gesellschaft lautet Freisinger Straße 5, 85716 Unterschleißheim.

Die Aktien der HRE Holding werden zu 100,0 % durch den Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS gehalten.

Entsprechenserklärung zum Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes (PCGK-B)

Der Vorstand der Gesellschaft hat für dieses als ein mittelbar vollständig im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland stehendes Unternehmen die Anwendung des PCGK-B mit der Maßgabe »comply or explain« und unter dem Vorbehalt einer gleichlautenden Beschlussfassung des Aufsichtsrats beschlossen. Vorstand und Aufsichtsrat haben daher eine Entsprechenserklärung zum PCGK-B nach entsprechender Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat auf der Internetseite (www.hyporealestate.com) der Gesellschaft veröffentlicht.

B. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen

Der Vorstand der HRE Holding hat den Konzernabschluss am 18. März 2014 unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden grundsätzlich die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden nicht verändert.

Der Ausweis der nicht verpfändeten Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen für Pensionen sowie der Guthaben bei der Allianz Lebensversicherungs-AG erfolgte im Vorjahr im Posten Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung und im Geschäftsjahr 2013 im Posten Sonstige Vermögensgegenstände. Die Vorjahreszahlen wurden angepasst.

Im Geschäftsjahr 2013 hat die HRE Holding die Vorzeichenlogik bei den Aufwendungen geändert. Diese werden erstmalig mit negativem Vorzeichen gezeigt. Die Darstellung der Vorjahreszahlen erfolgt analog.

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten Die EDV-Software wird zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige und, sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen werden anhand der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt.

Sachanlagen

Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung werden mit den Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Anschaffungspreisminderungen bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Die Vermögensgegenstände werden zeitanteilig linear abgeschrieben.

Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis 150 € wurden im Jahr der Anschaffung direkt als Aufwand gebucht. Für abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von mehr als 150 € bis 1.000 € wurde gemäß § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet. Dieser Sammelposten wird über 5 Geschäftsjahre linear abgeschrieben.

Finanzanlagen

Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB angesetzt. Zuschreibungen werden vorgenommen, wenn der Grund für eine Abschreibung entfallen ist.

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert angesetzt.

Wertpapiere werden zu Anschaffungskosten am Erwerbstag zuzüglich Anschaffungsnebenkosten beziehungsweise unter Berücksichtigung der Durchschnittsbewertung zu einem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag gemäß § 253 Abs. 4 HGB bewertet. Etwaige Differenzen zwischen Anschaffungskosten und Nominalwert werden auf die Laufzeit verteilt, wobei die Auflösungsbeträge im Zinsergebnis erfasst werden.

Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert ausgewiesen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Ausgaben des Geschäftsjahres, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen, sind als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Einnahmen des Geschäftsjahres, die Ertrag nach dem Bilanzstichtag darstellen, sind als passiver Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

An Mitarbeiter abgetretene Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen stellen Vermögensgegenstände dar, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und

ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen. Diese Ansprüche werden daher nach § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB i.V.m. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zum beizulegenden Zeitwert bewertet und mit den Rückstellungen des jeweiligen Versorgungsplans verrechnet. Als beizulegende Zeitwerte werden dabei die jeweiligen Rückkaufswerte angesetzt. Entsprechend werden Aufwendungen und Erträge aus den Rückdeckungsversicherungen und aus der Abzinsung der zugehörigen Pensionsrückstellungen verrechnet. Aktivüberhänge aus dieser Vermögensverrechnung werden unter der entsprechenden Bezeichnung in einem gesonderten Posten ausgewiesen.

Rückstellungen

Rückstellungen sind in Höhe der Erfüllungsbeträge angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind, um alle am Bilanzstichtag erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen abzudecken. Sofern die ursprüngliche Restlaufzeit einer Rückstellung mehr als ein Jahr beträgt, erfolgt eine Abzinsung mit den von der Deutschen Bundesbank berechneten und veröffentlichten, restlaufzeitspezifischen Zinssätzen.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach der Projected-Unit-Credit-Methode bewertet. Bei dieser Methode handelt es sich um ein sachgerechtes Verfahren, welches objektiv nachprüfbar Kriterien zugrunde legt. Für die Berechnungen lagen folgende Prämissen zugrunde:

Rechnungszins:	4,88 % p.a.
Einkommenstrend	2,50 % p.a.
Rentendynamik	2,00 % p.a.
Sterbetafel:	K. Heubeck „Richttafeln 2005 G“

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß § 246 Abs. 2 HGB mit dem Aktivwert der verpfändeten Rückdeckungsversicherung saldiert worden. Der Überschussbetrag hieraus wird unter dem Posten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Ergebnisse aus der Aufzinsung von Rückstellungen werden unter Zinsen und ähnliche Aufwendungen ausgewiesen. Die Effekte aus der Zinssatzänderung und der Änderung der Restlaufzeit werden unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen beziehungsweise Erträgen gezeigt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und sonstige Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen werden zum Nennbetrag abzüglich gebildeter Rückstellungen unter der Bilanz ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten lagen am Bilanzstichtag sowie während des Geschäftsjahres nicht vor. Eine Umrechnung entfällt somit für Bilanzposten beziehungsweise Aufwendungen und Erträge.

Latente Steuern

Für den Ansatz latenter Steuern nach § 274 Abs. 1 HGB nimmt die HRE Holding die Möglichkeit der Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern in Anspruch. Einen Überhang aktiver über passive latente Steuern wird nicht angesetzt. Da die aktiven Steuerlatenzen die passiven Latenzen übersteigen, sind im Jahresabschluss der HRE Holding weiterhin keine latenten Steuern abzubilden.

Aktive Latenzen resultieren bei der HRE Holding aus einer steuerrechtlich abweichenden Bewertung von sonstigen Forderungen sowie Pensionsrückstellungen und sonstigen Rückstellungen. Passive Latenzen resultieren aus sonstigen Verbindlichkeiten.

Latente Steueransprüche auf Verlustvorträge werden aufgrund fehlender Werthaltigkeit nicht bilanziert. Derzeit muss davon ausgegangen werden, dass zukünftig kein zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das die noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge verwendet werden können.

Die Bewertung der latenten Steuer erfolgt durch einen kombinierten Ertragsteuersatz von 28,075 %, der die Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag umfasst.

C. Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung der Bilanzposten „Immaterielle Vermögensgegenstände“, „Sachanlagen“ und „Finanzanlagen“ im Geschäftsjahr 2013 ist im Anlagenspiegel als Teil des Anhangs dargestellt. Wesentliche Posten der Bilanz sind im Folgenden erläutert:

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände Unter diesem Posten wird Software in Höhe von 41 Tsd. € (2012: 110 Tsd. €) ausgewiesen.

Sachanlagen Der Posten betrifft zum Jahresende die Betriebs- und Geschäftsausstattung (110 Tsd. €, 2012: 135 Tsd. €).

Finanzanlagen

Anteile an verbundenen Unternehmen Der Buchwert der Anteile an verbundenen Unternehmen beträgt 2.076.418 Tsd. € (2012: 1.861.018 Tsd. €).

Die Buchwerte der Anteile an verbundenen Unternehmen werden mindestens jährlich überprüft. Zum Jahresende wurden die Anteile an der pbb um 187.000 Tsd. € zugeschrieben (2012: Abschreibung -188.000 Tsd. €). Es wird ein Beteiligungswert an der pbb zum Stichtag in Höhe von 2.048.000 Tsd. € (2012: 1.861.000 Tsd. €) ausgewiesen. Für die Anteile an der DEPFA wurde ein Wert von 28.400 Tsd. € ermittelt (2012: 0 Tsd. €). Die Anteile an der DEPFA wurden entsprechend um 28.400 Tsd. € zugeschrieben (2012: 0 Tsd. €).

Alle unmittelbaren und mittelbaren Anteile an verbundenen Unternehmen werden in der in der Anteilsbesitzliste aufgeführt.

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen gegen verbundene Unternehmen Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 222 Tsd. € (2012: 4.995 Tsd. €) bestehen zum Bilanzstichtag hauptsächlich gegenüber der pbb und enthalten im Wesentlichen den Zinsanspruch (141 Tsd. €) aus der Inhaberschuldverschreibung für den Zeitraum vom 27. Dezember bis 31. Dezember 2013. Im Vorjahreswert waren im Wesentlichen Forderungen aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft im Zusammenhang mit nachzuerklärender Umsatzsteuer (1.474 Tsd. €) und dem über die pbb abgerechneten Servicing der FMS Wertmanagement (2.827 Tsd. €) enthalten.

Sonstige Vermögensgegenstände Die sonstigen Vermögensgegenstände belaufen sich auf 9.935 Tsd. € (2012: 11.924 Tsd. €). Sie beinhalten als größten Posten Erstattungsansprüche gegenüber dem Finanzamt in Höhe von 6.650 Tsd. € (2012: 6.785 Tsd. €).

Die nicht verpfändeten Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen für Pensionen sowie die Guthaben bei der Allianz Lebensversicherungs-AG in Höhe von 2.527 Tsd. € (2012: 4.749 Tsd. €) werden ab dem Geschäftsjahr 2013 in den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Der Vorjahreswert wurde angepasst. Die Zeitwerte der verpfändeten Ansprüche aus Altersversorgungsverpflichtungen werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den entsprechenden Rückstellungen für Pensionen verrechnet und als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung separat ausgewiesen.

Restlaufzeiten Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 222 Tsd. € haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Für die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 7.955 Tsd. € beträgt die Restlaufzeit bis zu einem Jahr und in Höhe von 1.980 Tsd. € bis zu 5 Jahre.

Wertpapiere Die am 12. Dezember 2011 bei der pbb angelegte Inhaberschuldverschreibung in Höhe von 820.000 Tsd. € wurde am 25. Februar 2013 vorzeitig aufgelöst und in einer Neuemission bei der pbb angelegt. Diese hatte zu diesem Zeitpunkt einen Kurs von 99,3699% (820.000 Tsd. €) und ist am 25. Februar 2015 (kalendermäßig bestimmter Fälligkeitstag) zur Rückzahlung zum Nennbetrag (825.200 Tsd. €) fällig. Das Disagio (2.993 Tsd. €) wird über die Laufzeit aufgelöst.

Guthaben bei Kreditinstituten Die Guthaben bei Kreditinstituten betragen zum Stichtag 19.295 Tsd. € (2012: 23.619 Tsd. €). Hierunter werden Guthaben in Höhe von 19.058 Tsd. € (2012: 22.991 Tsd. €) auf Konten bei der pbb sowie Guthaben in Höhe von 237 Tsd. € (2012: 628 Tsd. €) bei konzernfremden Kreditinstituten aufgeführt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt zum 31. Dezember 2013 130 Tsd. € (2012: 476 Tsd. €). Im Wesentlichen sind darin Versicherungsprämien (129 Tsd. €, 2012: 465 Tsd. €) enthalten.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Der im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 ausgewiesene aktive Unterschiedsbetrag (§ 246 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB) in Höhe von 3.262 Tsd. € (2012: 2.807 Tsd. €) resultiert aus der Verrechnung von Rückdeckungsansprüchen für Pensionen mit einem beizulegenden Zeitwert von 44.069 Tsd. € (2012: 40.648 Tsd. €) mit Pensionsrückstellungen in Höhe von 40.807 Tsd. € (2012: 37.841 Tsd. €). Die nicht verpfändeten Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen für Pensionen sowie die Guthaben bei der Allianz Lebensversicherungs-AG in Höhe von 2.527 Tsd. € (2012: 4.749 Tsd. €) werden ab dem Geschäftsjahr 2013 nicht mehr in diesem Posten, sondern in den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Der Vorjahreswert wurde angepasst. Die Anschaffungskosten der verrechneten Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen betragen 39.765 Tsd. € (2012: 37.639 Tsd. €). Erträge und Aufwendungen aus der Rückdeckungsversicherung bestehen wie im Vorjahr nicht. Die Differenz von 4.304 Tsd. € (2012: 3.009 Tsd. €) zwischen den Anschaffungskosten und dem beizulegenden Zeitwert der Rückdeckungsversicherung unterliegt einer Ausschüttungssperre nach § 268 Abs. 8 HGB.

Eigenkapital

Entwicklung des Eigenkapitals

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinnrücklage			Bilanzverlust	Gesamt
			gesetzliche Rücklage	andere Gewinn- rücklagen	Summe		
in Tsd. €							
Eigenkapital zum 01.01.2013	2.672.546	527.486		3.127	3.127	-542.280	2.660.879
Einzahlung in die Kapitalrücklage							
Abspaltung an FMS-Wertmanagement							
Jahresüberschuss						176.970	176.970
Entnahme aus der Kapitalrücklage		-385					
Kapitalherabsetzung							
Einstellung in die Kapitalrücklage							
Eigenkapital zum 31.12.2013	2.672.546	527.101		3.127	3.127	-365.310	2.837.464

Gezeichnetes Kapital Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft ist eingeteilt in 1.217.628.600 auf den Inhaber lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) und beträgt zum Stichtag 2.672.545.822,00 € (2012: 2.672.545.822,00 €).

Genehmigtes Kapital Zum Bilanzstichtag besteht kein genehmigtes Kapital.

Bedingtes Kapital Zum Bilanzstichtag besteht kein bedingtes Kapital.

Kapitalrücklage Die Kapitalrücklage der Gesellschaft beträgt 527.101 Tsd. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um -385 Tsd. € reduziert.

Bilanzverlust Unter Berücksichtigung des Bilanzverlustvortrags beträgt der Bilanzverlust im Geschäftsjahr -365.310 Tsd. € (2012: -542.280 Tsd. €).

Überleitung vom Jahresüberschuss/-fehlbetrag zum Bilanzverlust

in €	2013	2012
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	176.969.748,72	-184.316.026,35
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-542.279.861,26	-357.963.834,91
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	-	-
Einstellung in die Kapitalrücklage nach den Vorschriften über die vereinfachte Kapitalherabsetzung	-	-
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen	-	-
Ertrag aus der Kapitalherabsetzung	-	-
Bilanzverlust	-365.310.112,54	-542.279.861,26

Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (40.807 Tsd. €; 2012: 37.841 Tsd. €) wurden im Geschäftsjahr gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherung verrechnet. Der entstandene Saldo wird auf der Aktivseite separat als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ausgewiesen.

Die Steuerrückstellungen in Höhe von 872 Tsd. € (2012: 0 Tsd. €) wurden im Zusammenhang mit einer Betriebsprüfung für frühere Jahre gebildet.

In den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 91.340 Tsd. € (2012: 59.199 Tsd. €) sind unter anderem Rechts- und Prozesskostenrückstellungen, Rückstellungen in Zusammenhang mit dem Verkauf der DEPFA sowie im Zusammenhang mit der strategischen Neuausrichtung und Restrukturierung der HRE enthalten. Die Rückstellungen im Zusammenhang mit der strategischen Neuausrichtung und Restrukturierung der HRE umfassen personenbezogene Rückstellungen sowie Drohverlustrückstellungen für belastende Verträge im Zusammenhang mit einem Dauerschuldverhältnis eines Mietobjektes (Lehel Carré).

Die gebildeten Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr sind abgezinst dargestellt. Hierunter fallen insbesondere die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen und die Prozesskostenrückstellungen sowie die Rückstellungen, die im Zusammenhang mit der Restrukturierung der HRE stehen.

Rechtsrisiken (Prozessrisiken) Die HRE ist verpflichtet, in allen Jurisdikationen, in denen sie ihre Geschäftstätigkeit ausübt, eine Vielzahl von rechtlichen und aufsichtlichen Vorgaben und Vorschriften einzuhalten, unter anderem bestimmte Verhaltensgebote zur Vermeidung von Interessenskonflikten, zur Bekämpfung von Geldwäsche, zur Verhinderung von Terrorismusfinanzierung, zur Verhütung von strafbaren Handlungen zum Nachteil der Finanzwirtschaft, zur Regelung des Außenhandels und zur Wahrung von Bank-, Geschäfts- und Datengeheimnis. Aufgrund der Natur und der internationalen Erstreckung ihrer Geschäftstätigkeit und der Vielzahl der maßgeblichen Vorgaben und Vorschriften ist die HRE in einigen Ländern an Gerichts-, Schieds- und aufsichtsbehördlichen Verfahren beteiligt. Zu diesen Fällen gehören auch Strafverfahren und behördliche Verfahren sowie die Geltendmachung von Ansprüchen, bei denen die Anspruchshöhe von denen, die entsprechende Ansprüche geltend machen, nicht beziffert wird. Für die ungewissen Verbindlichkeiten aus diesen Verfahren bildet die HRE Rückstellungen, wenn der mögliche Ressourcenabfluss hinreichend wahrscheinlich und die Höhe der Verpflichtung schätzbar ist. Die Wahrscheinlichkeit für den Ressourcenabfluss, der aber regelmäßig nicht mit Gewissheit eingeschätzt werden kann, hängt im hohen Maße von dem Ausgang der Verfahren ab. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung der ungewissen Verbindlichkeit hängen überwiegend von Einschätzungen ab. Die tatsächliche Verbindlichkeit kann erheblich von dieser Einschätzung abweichen. Bei der Bilanzierung der einzelnen Fälle analysiert die HRE die Entwicklungen der einzelnen Verfahren wie auch

vergleichbarer Verfahren und verlässt sich hierbei, abhängig von der Bedeutung und der Schwierigkeit des konkreten Falles, auf die eigene Expertise oder die Gutachten externer Berater, vor allem Rechtsberater. Die für die Verfahren gebildeten Rückstellungen werden nicht einzeln ausgewiesen, da die HRE davon ausgeht, dass die Offenlegung deren Ausgang ernsthaft beeinträchtigen würde.

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen ehemalige Vorstandsmitglieder sind noch nicht abgeschlossen. Es ist nicht auszuschließen, dass gegen die HRE Holding in diesem Zusammenhang Bußgelder verhängt werden.

Gegen die HRE Holding werden seit 2008 Forderungen wegen behaupteten Informationsfehlverhaltens insbesondere im Zusammenhang mit den zu erwartenden Belastungen aus der Subprime-Krise, dem CDO-Abschreibungsbedarf, der Ad-hoc-Mitteilung vom 15. Januar 2008 sowie der Liquiditätssituation der DEPFA Bank plc gerichtlich geltend gemacht. Insgesamt sind zum 31. Dezember 2013 246 Klagen im Gesamtstreitwert von rund 949 Mio. € beim LG München I anhängig. Soweit die in der Vergangenheit eingeleiteten Güteverfahren nach ihrem Scheitern nicht in ordentlichen Gerichtsverfahren fortgesetzt wurden (insoweit in den obigen Angaben enthalten) ist für die geltend gemachten Ansprüche Verjährung eingetreten. Bislang liegt erst in einem Fall ein erstinstanzliches Urteil vor, in welchem dem Kläger 4.189,68 €, rund 40 % des ursprünglich geltend gemachten Betrags, zugesprochen wurden. Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt. Seit September 2010 ist auf einen Vorlagebeschluss des LG München I hin ein Kapitalanleger-Musterverfahren beim OLG München anhängig. Die ersten mündlichen Verhandlungen und Beweisaufnahmen haben im Februar 2014 stattgefunden. Das Gericht hat angekündigt, die mündliche Verhandlung und ggf. Beweisaufnahme im Mai 2014 fortsetzen zu wollen. In einem Hinweisbeschluss hat das Gericht seine vorläufige Rechtsauffassung mitgeteilt. Danach sind der wesentliche Teil der Feststellungsziele unbegründet. Das Gericht geht derzeit davon aus, dass die HRE Holding spätestens im November 2007 per Ad-hoc-Mitteilung über die Betroffenheit von der US-Subprime-Krise hätte informieren müssen.

Im Zusammenhang mit der Kündigung der Dienstverträge von Vorstandsmitgliedern der HRE Holding sind derzeit von drei Klägern Verfahren anhängig. Die Klagen richten sich einerseits auf die Zahlung der Vergütung, andererseits auf die Feststellung der Unwirksamkeit der fristlosen Kündigung beziehungsweise Feststellung der Unwirksamkeit des Widerrufs der Ruhegehaltszusage. Das Gericht hat die Erstellung von Sachverständigengutachten zur Frage des Vorliegens von Pflichtverletzungen angeordnet.

Im Übrigen hat kein Verfahren einen bezifferten Streitwert von mehr als 5 Mio. €, bei dem die Möglichkeit eines Abflusses von Ressourcen nach der Einschätzung des Vorstands nicht unwahrscheinlich oder das aus anderen Gründen für die HRE Holding von materieller Bedeutung ist.

Verbindlichkeiten

Restlaufzeiten Alle Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Außerbilanzielle Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften

Medium-Term-Note-Rahmenprogramm Für die im Rahmen des Medium Term Note Rahmenprogramms (MTN-Programm; Emissionsrahmen 10.000.000 Tsd. €) der Hypo Public Finance Bank, Dublin, emittierten Schuldverschreibungen (Debt Instruments) wurde durch die Gesellschaft eine vollumfängliche Garantie gegenüber Gläubigern abgegeben.

Im Zuge der Einbringung des internationalen Immobilienfinanzierungsgeschäfts in die pbb wurde der überwiegende Teil des MTN-Programms transferiert. Die Höhe der Eventualverbindlichkeit beträgt zum Bilanzstichtag 147.442 Tsd. € (2012: 176.850 Tsd. €) und enthält sowohl die Nominal- als auch die Zinsverpflichtungen. Abweichende Währungen wurden zum Bilanzstichtag umgerechnet.

Im Zusammenhang mit der Neuorganisation innerhalb der HRE übernimmt die Gesellschaft für nach Ende April 2005 ausgegebene Schuldverschreibungen keine Garantie mehr.

Erfolgsabhängige Prämie In Bezug auf die Garantiebereitstellung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Sonderliquiditätshilfe der Deutschen Bundesbank und eines deutschen Konsortiums wurde eine erfolgsabhängige Prämie (Prämie) vereinbart. Die Prämie beträgt 1,25 % p.a. auf den First-Loss Garantiebetrug (14.200.000 Tsd. €) sowie 0,25 % auf den Second-Loss Garantiebetrug (der Teil des Garantiebetrages, der den First-Loss Betrag übersteigt, max. 20.800.000 Tsd. €). Der Anspruch entsteht mit Ablauf der jeweiligen Garantieperiode, erstmalig am 10. April 2010. Die Prämie wird ganz oder teilweise aufgeschoben,

- wenn und soweit der Betrag der Prämie den Konzernjahresüberschuss in dem betreffenden Geschäftsjahr der HRE Holding, auf das sich die maßgebliche Gewinnperiode bezieht, übersteigt oder
- wenn und soweit der Betrag der erfolgsabhängigen Prämie in den Geschäftsjahren 2009 bis 2011 100.000 Tsd. € p.a. übersteigt oder
- wenn und soweit der Betrag der Prämie in den Geschäftsjahren 2012 bis 2015 150.000 Tsd. € p.a. übersteigt.

Aufgeschobene Beträge sind in den Folgeperioden unter Beachtung der vorstehenden Bedingungen fällig. Beträge, die nicht bis zum Fälligkeitstermin für das Geschäftsjahr 2015 zu zahlen waren, verfallen.

Die Höhe der Eventualverbindlichkeit beträgt zum Bilanzstichtag 12.454 Tsd. € und hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Zahlung durch ein Tochterunternehmen um 150.000 Tsd. € reduziert.

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlust-Rechnung

Sonstige betriebliche Erträge In den sonstigen betrieblichen Erträgen des Berichtsjahres in Höhe von 220.480 Tsd. € (2012: 14.503 Tsd. €) sind als größter Posten die Erträge aus Zuschreibungen von Finanzanlagen in Höhe von 215.400 Tsd. € (2012: 0 Tsd. €) enthalten. Die Anteile an der pbb wurden um 187.000 Tsd. € zugeschrieben, die Anteile an der DEPFA um 28.400 Tsd. €. Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen belaufen sich auf 3.131 Tsd. € (2012: 11.507 Tsd. €), die Erträge im Zusammenhang mit dem Servicing des Portfolios der FMS Wertmanagement auf 1.719 Tsd. € (2012: 2.827 Tsd. €).

Personalaufwand Im Geschäftsjahr sind Personalaufwendungen in Höhe von -3.287 Tsd. € (2012: -2.916 Tsd. €) angefallen.

Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens Abschreibungen auf Finanzanlagen wurden im Geschäftsjahr nicht vorgenommen (2012: -188.000 Tsd. €).

Sonstige betriebliche Aufwendungen Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf -48.370 Tsd. € nach -18.976 Tsd. € im Vorjahr. In dem Betrag enthalten sind im Wesentlichen Aufwendungen unter anderem für Rechts- und Prozesskosten in Höhe von -28.260 Tsd. € (2012: -3.590 Tsd. €), Aufwendungen für sonstige Beratungsleistungen, unter anderem dem Verkauf der

DEPFA, in Höhe von -8.874 Tsd. € (2012: -3.871 Tsd. €), sonstige Aufwendungen für IT-Basisleistung in Höhe von -1.262 Tsd. € (2012: -1.884 Tsd. €), Aufwendungen für Versicherungen, Beiträge und Abgaben in Höhe von -2.031 Tsd. € (2012: -1.144 Tsd. €) sowie Aufwendungen aufgrund der vorhandenen Service Level Agreements in Höhe von -4.669 Tsd. € (2012: -4.899 Tsd. €).

Zinsen und ähnliche Erträge Dieser Posten in Höhe von 12.031 Tsd. € (2012: 14.150 Tsd. €) beinhaltet im Wesentlichen Zinserträge in Höhe von 11.945 Tsd. € aus der bei der pbb angelegten Inhaberschuldverschreibung.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen Im Berichtsjahr sind Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen in Höhe von -95 Tsd. € (2012: -98 Tsd. €) vorgenommen worden.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen Der Zinsaufwand des Geschäftsjahres in Höhe von -3.448 Tsd. € (2012: -6.493 Tsd. €) resultiert im Wesentlichen aus der Bewertung von Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr. Gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 wurden die Aufwendungen aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen in Höhe von -1.907 Tsd. € mit den Erträgen aus der Rückdeckungsversicherung in Höhe von 1.295 Tsd. € verrechnet. Des Weiteren bestehen Zinsaufwendungen in Höhe von -317 Tsd. € (2012: -2.983 Tsd. €) im Zusammenhang mit einer Ausgleichzahlung betreffend eines Anteils erwerbs im Jahr 2003.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag Der Aufwand für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von -865 Tsd. € (2012: Ertrag 399 Tsd. €) resultiert aus der Bildung von Rückstellungen im Zusammenhang mit einer Betriebsprüfung für frühere Jahre in Höhe von -872 Tsd. € sowie einem Ertrag resultierend aus über die Erwartungen hinausgehenden Steuererstattungen für Vorjahre in Höhe von 7 Tsd. €.

Sonstige Steuern Im Berichtsjahr weißt die Gesellschaft einen Ertrag aus sonstigen Steuern in Höhe von 524 Tsd. € (2012: 3.116 Tsd. €) aus. Diese resultieren aus nachträglich in Abzug gebrachte Vorsteuern für das laufende Jahr (2012: 810 Tsd. €).

E. Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse Die Gesellschaft hat gegenüber dem innerhalb des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin, bestehenden Einlagensicherungsfonds die nach Maßgabe der geltenden Statuten vorgesehene Verlustfreistellungserklärung für die pbb abgegeben.

Gemäß dem Rahmenvertrag zur Übertragung von Risikopositionen und nicht strategisch notwendigen Geschäftsbereichen auf eine bundesrechtliche Abwicklungsanstalt nach § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz übernimmt die Gesellschaft die gesamtschuldnerische Haftung für alle aus den Transaktionsverträgen folgenden Zahlungsverpflichtungen der Gesellschaften der HRE, die im Rahmen der Übertragung von Posten auf die FMS Wertmanagement übergangen.

Verpfändung der Beteiligungen der Gesellschaft Die Gesellschaft hat mit Vertrag vom 6. November 2008 sämtliche bestehenden und künftigen Aktien beziehungsweise Anteile an der DEPFA sowie der pbb an die Bundesrepublik Deutschland verpfändet. Die verpfändeten Aktien beziehungsweise Anteile dienen nunmehr der Besicherung der Ansprüche der Bundesrepublik Deutschland aus der Besserungsabrede unter dem Garantiebereitstellungsvertrag vom 10. November 2008.

Patronatserklärungen Für die pbb trägt die HRE Holding, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen Es bestehen keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen.

Aktionärsstruktur anhand von Beteiligungsmeldungen nach § 160 Nr. 8 AktG Der Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS hält 100,0 % der Aktienanteile der HRE Holding und ist somit alleiniger Eigentümer der Gesellschaft.

Honorar Abschlussprüfer Im Falle des § 285 Nr. 17 HGB zur Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar wurde die Erleichterung in Anspruch genommen. Die Angabe ist im Konzernabschluss der HRE enthalten.

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer nach Gruppen Die HRE Holding beschäftigte im Berichtsjahr wie auch im Vorjahr keine Arbeitnehmer.

Angaben zu Bezügen gemäß § 285 Nr. 9 a) und b) HGB der Hypo Real Estate Holding AG nach Personengruppen

Bezüge an Vorstände der Holding

	2013		2012
in Tsd. €	Bezüge	Insgesamt	Insgesamt
aktive	2.074	2.074	2.104
ausgeschiedene	0	0	0
Insgesamt	2.074	2.074	2.104

Rückstellungen für Pensionen

	2013		2012
in Tsd. €	Zuführungen	Insgesamt	Insgesamt
aktive	697	8.629	7.932
ausgeschiedene	2.129	28.973	26.844
Insgesamt	2.826	37.602	34.776

Bezüge an Aufsichtsratsmitglieder

	2013	2012
in Tsd. €	Fixbezüge gesamt	Insgesamt
aktive	475	609
ausgeschiedene	0	0
Insgesamt	475	609

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder und der Mitglieder des Aufsichtsrats ist (inklusive entsprechender Tabellen) im Vergütungsbericht dargestellt. Mitglieder des Aufsichtsrats der HRE Holding erhielten im Jahr 2013 keine Bezüge für persönlich erbrachte Leistungen. Zum 31. Dezember 2013 bestanden keine Forderungen gegenüber am Abschlussstichtag aktiven Aufsichtsratsmitgliedern. Die Aktien der HRE Holding werden vollständig durch den Finanzmarktstabilisierungsfonds-FMS gehalten. Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats hielten dementsprechend am 31. Dezember 2013 keine Aktien der Gesellschaft.

Konzernzugehörigkeit

Angabe von Name und Sitz anderer Unternehmen, an denen die Gesellschaft mindestens 20 % besitzt, oder die in den Konzernabschluss der Gesellschaft einbezogen sind, sowie Angabe der Höhe des Kapitalanteils, Eigenkapital und Ergebnis des letzten

Geschäftsjahres, für das ein Jahresabschluss vorliegt Die Anteilsbesitzliste der HRE Holding zum 31. Dezember 2013 ist im Anhang des Geschäftsberichts 2013 enthalten.

Anteilsbesitz der Hypo Real Estate Holding AG

Anteilsbesitz der HRE Holding (Zusatzangabe nach HGB)
zum 31.12.2013

Name und Sitz	Kapitalanteil in %		Währung	Eigenkapital in Tsd.	Jahresüberschuss/ -fehlbetrag in Tsd.
	insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar			
Tochterunternehmen					
Konsolidiert					
Kreditinstitute					
Inländische Kreditinstitute					
Deutsche Pfandbriefbank AG, München	100,00%	-	EUR	2.502.188	-52.784
Ausländische Kreditinstitute					
DEPFA ACS Bank, Dublin	100,00%	100,00%	EUR	556.896	61.817
DEPFA Bank plc, Dublin	100,00%	-	EUR	729.170	59.843
Hypo Pfandbrief Bank International S.A., Luxemburg	100,00%	100,00%	EUR	120.132	300
Hypo Public Finance Bank puc, Dublin	99,99%	99,99%	EUR	533.076	3.430
Sonstige konsolidierte Unternehmen					
DEPFA Finance N.V., Amsterdam	100,00%	100,00%	EUR	5.326	485
DEPFA Funding II LP, London	100,00%	100,00%	EUR	30.215	25.969
DEPFA Funding III LP, London	100,00%	100,00%	EUR	26.028	3.115
DEPFA Funding IV LP, London	100,00%	100,00%	EUR	9.854	9.068
DEPFA Hold Six, Dublin	100,00%	100,00%	USD	-2	-
DEPFA Ireland Holding Ltd., Dublin	100,00%	100,00%	EUR	-5.555	201
Hayabusa Godo Kaisha, Tokio	100,00%	100,00%	JPY	-243.846	-148.386
House of Europe Funding I Ltd., George Town	-	-	EUR	1	-
Hypo Real Estate Capital India Corp. Private Ltd. i.L., Mumbai	100,00%	100,00%	INR	19.632	-154
Hypo Real Estate Capital Japan Corp., Tokio	100,00%	100,00%	JPY	30.603.480	68.458
Hypo Real Estate Finance B.V. i.L., Amsterdam	100,00%	-	EUR	224	-
Hypo Real Estate International LLC I, Wilmington	100,00%	100,00%	EUR	-232.755	36.750
Hypo Real Estate International Trust I, Wilmington	100,00%	100,00%	EUR	-232.700	36.750
IMMO Immobilien Management GmbH & Co. KG, München	100,00%	100,00%	EUR	1.234	-1.893
RPPSE Espacio Oviedo S.L.U., Madrid	-	-	EUR	-42.912	-25.732
Ragnarök Vermögensverwaltung AG & Co. KG, München	100,00%	100,00%	EUR	1.224	-2.644
San Sabia Capital Corp., Wilmington	-	-	USD	-137	140
Nicht konsolidierte Unternehmen					
Sonstige nicht konsolidierte Unternehmen					
DBE Property Holdings Ltd., Dublin	100,00%	100,00%	EUR	78	4
DEPFA Hold One Ltd., Dublin	100,00%	100,00%	EUR	36	3
DEPFA Hold Two Ltd., Dublin	100,00%	100,00%	EUR	-	-
GfI-Gesellschaft für Immobilienentwicklung und -verwaltung mbH i.L., Stuttgart	100,00%	100,00%	EUR	10	-
Hypo Dublin Properties Limited, Dublin	100,00%	100,00%	EUR	275	3
Inmo Immobilien Management Beteiligungsgesellschaft mbH, München	100,00%	100,00%	EUR	29	-3
IMMO Invest Real Estate GmbH, München	100,00%	100,00%	EUR	28	-41
Assoziierte Unternehmen					
Assoziierte Unternehmen von untergeordneter Bedeutung					
Sonstige Unternehmen					
SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG, Düsseldorf	33,33%	33,33%	EUR	-3.876	504
SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Darmstadt KG, Düsseldorf	33,33%	33,33%	EUR	-10.230	31
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs-KG, München	33,00%	33,00%	EUR	-2.266	271

- 1) Gemäß SIC-12 konsolidierte Zw eckgesellschaft ohne Kapitalbeteiligung
2) Ergebnisübernahme durch Gesellschafter aufgrund Ergebnisübernahmevertrag
3) Komplementärhaftung der Deutschen Pfandbriefbank AG

Devisenkurse Stand 31.12.2013

Indien	1 € = INR	85,3660
Japan	1 € = JP¥	144,7200
USA	1 € = US\$	1,3791

Anlagen zum Anhang

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2013

in €	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				Abschreibungen / Zuschreibungen					Buchwerte	
	Vortrag			Stand 31.12.2013	Vortrag 01.01.2013	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zuschreibungen des Geschäftsjahres	Abgänge	Stand 31.12.2013	01.01.2013	31.12.2013
	01.01.2013	Zugänge	Abgänge								
Immaterielle Vermögensgegenstände											
Lizenzen und Software	396.907,75	0,00	0,00	396.907,75	286.866,75	69.500,00		0,00	356.366,75	110.041,00	40.541,00
	396.907,75	0,00	0,00	396.907,75	286.866,75	69.500,00		0,00	356.366,75	110.041,00	40.541,00
Sachanlagen											
Betriebs- und Geschäftsausstattung	391.519,14	0,00	0,00	391.519,14	256.326,14	25.030,00		0,00	281.356,14	135.193,00	110.163,00
	391.519,14	0,00	0,00	391.519,14	256.326,14	25.030,00		0,00	281.356,14	135.193,00	110.163,00
Finanzanlagen											
Anteile an verbundenen Unternehmen	11.681.159.448,60	0,00	0,00	11.681.159.448,60	9.820.141.448,59		215.400.000,00	0,00	9.604.741.448,59	1.861.018.000,01	2.076.418.000,01
	11.681.159.448,60	0,00	0,00	11.681.159.448,60	9.820.141.448,59		215.400.000,00	0,00	9.604.741.448,59	1.861.018.000,01	2.076.418.000,01
	11.681.947.875,49	0,00	0,00	11.681.947.875,49	9.820.684.641,48	94.530,00	215.400.000,00	0,00	9.605.379.171,48	1.861.263.234,01	2.076.568.704,01

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Name, Wohnsitz	Haupttätigkeit
Funktion im Aufsichtsrat	Funktion in den Ausschüssen des Aufsichtsrats
Dr. Bernd Thiemann , Münster	Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der DG Bank AG
Vorsitzender	Mitglied im Prüfungsausschuss und im Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss
Dagmar Kollmann , Wien	Unternehmerin
Stellvertretende Vorsitzende	Vorsitzende des Prüfungsausschusses und Mitglied im Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss
Dr. Günther Bräunig , Frankfurt am Main	Mitglied des Vorstands der KfW
Mitglied	Mitglied im Prüfungsausschuss und Vorsitzender des Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschusses
Dr. Alexander Groß , Teltow	Leiter der Abteilung I, Wirtschaftspolitik, im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Mitglied	
Dr. Ludger Schuknecht , Frankfurt am Main	Leiter der Abteilung Finanzpolitische und volkswirtschaftliche Grundsatzfragen; Internationale Finanz- und Währungspolitik im Bundesministerium der Finanzen
Mitglied	
Dr. Hedda von Wedel , Andernach	Präsidentin des Bundesrechnungshofs a.D.
Mitglied	Mitglied im Prüfungsausschuss

Vorstand

Name, Wohnsitz	Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften
Funktion im Vorstand	
Manuela Better , München	Non Executive Director der DEPFA Bank plc
CEO/ CRO	Non Executive Director der DEPFA ACS Bank
	Non Executive Director der Hypo Public Finance Bank
Wolfgang Groth , Tawern	Non Executive Director der DEPFA Bank plc
Treasury/ Asset Management	Vorsitzender und Non Executive Director der Hypo Public Finance Bank
Dr. Bernhard Scholz , Regensburg	
Real Estate Finance/ Public Investment Finance	
Alexander von Uslar , Grünwald	Non Executive Director der DEPFA Bank plc
CFO/ COO	Non Executive Director der DEPFA ACS Bank

Angaben zu den Organen gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Kredite an Organmitglieder

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Forderungen gegenüber amtierenden Organmitgliedern aus Krediten oder Vorschüssen.

Umsatzsteuerliche Organschaft

Die HRE Holding war Organträgerin der umsatzsteuerlichen Organschaft innerhalb der HRE. Folgende Organgesellschaften wurden in den Organkreis der HRE Holding einbezogen:

- Deutsche Pfandbriefbank AG, München
- IMMO Immobilien Management Beteiligungsgesellschaft mbH, München
- IMMO Invest Real Estate GmbH, München

Konzernabschluss

Die HRE erstellt einen Konzernabschluss nach den Internationalen Financial Reporting Standards (IFRS). Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht. Daneben besteht die Möglichkeit, den Konzernabschluss im Internet einzusehen.

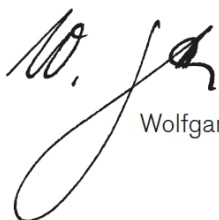
München, den 18. März 2014

Hypo Real Estate Holding Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Manuela Better



Wolfgang Groth



Andreas Schenk



Dr. Bernhard Scholz



Alexander von Uslar

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Hypo Real Estate Holding AG, München

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Hypo Real Estate Holding AG, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München den 19. März 2014

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wiechens
Wirtschaftsprüfer

Schmidt
Wirtschaftsprüferin